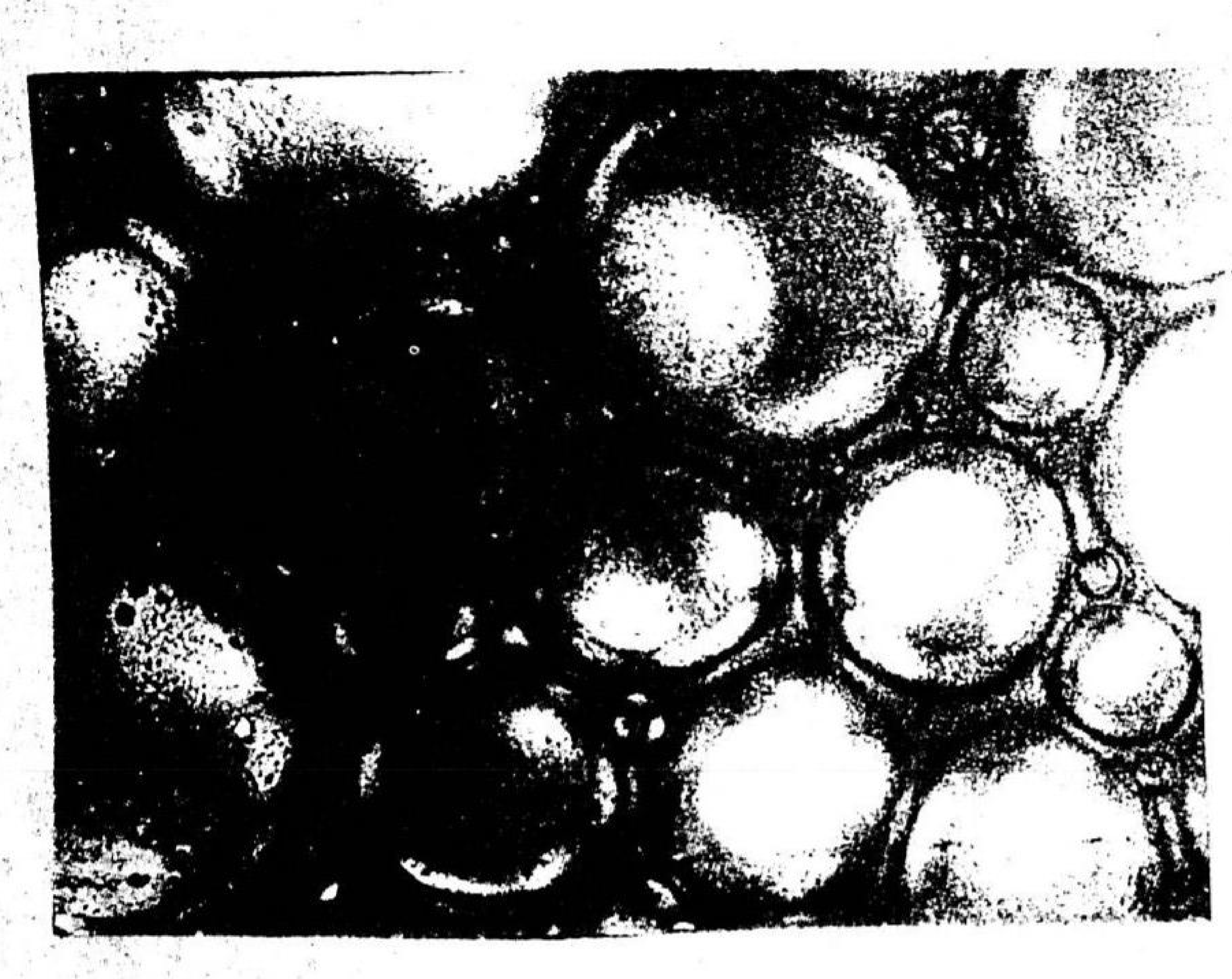

INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2,50 DM
23.11.1995
Nr. 353



Während unsere KollegInnen der letzten Woche noch von der Herbstdepression berichten konnten, wurden wir diese Woche bereits vom eisigen Wintereinbruch überrascht. Hoffentlich wirkt sich die Kälte nicht auf eure Aktivität aus. Nicht auszudenken, wenn nun die endlose Winterpause beginnen sollte, in der sich alle zuhause hinterm Ofen oder im kuscheligen Bett bis zum Frühling vergraben.
Na ja wir werden ja sehen wieviele am Samstag auf der Demo in Friedrichshain auftauchen. Ihr wißt ja, daß es kein schlechtes Wetter, sondern nur schlechte Kleidung gibt!!!!!
In diesem Sinne mit Wollsachen und Vitamin-C-Power durch die Eismauer.

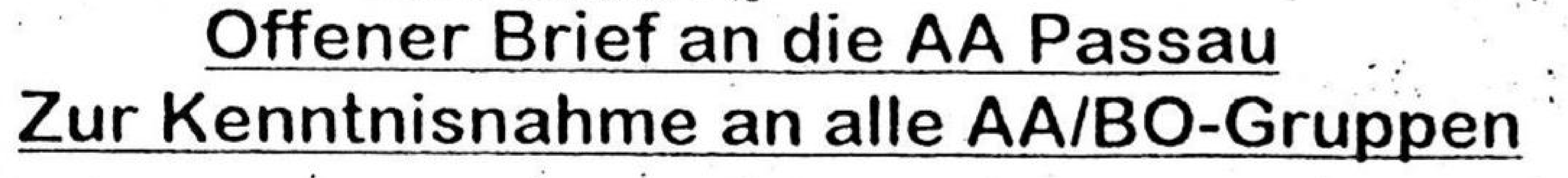




Inhalte:

Ordner:
Tierschutzaktion Nord
Ohrfeigenprozess Andreas Böhm





Offener Brief an die AA Passau
Zur Kenntnisnahme an alle AA/BO-Gruppen

Zur Veröffentlichung des AA-Passau Mobilisierungsplakates zur Anti-DVU-Demo in Passau zum 30.9.95

Es ist eine Unverschämtheit und maßlose Grenzüberschreitung , das Demofoto der Anti-DVU-Demo 1994 mit dem FrauenLesbenblock und seinen Transparenten an der Spitze zu fälschen.
U.a. die FrauenLesbeninhalte der Transparente wurden von der AA Passau wegretouchiert und durch ihre eigenen Inhalte ersetzt. Das ist eine Funktionalisierung und Geschichtsfälschung.
Da Euch der Umgang mit Repression nichts Neues ist, ist es uns außerdem unverständlich, daß Ihr auf Eurem Plakat die Gesichter der FrauenLesben nicht, wie auf dem Bündnisplakat (!), unkenntlich gemacht habt. Damit habt Ihr eine bewußte Gefährdung in Kauf genommen
Dieser Vorfall reiht sich nahtlos in den arroganten und ignoranten Umgang anderer AA/BO- Gruppen mit FrauenLesbenstrukturen ein.
Wir fordern Euch auf, dies in Zukunft zu unterlassen !

Uns reicht`s !



Bundesweites Fantifatreffen

Damit die Zeit nicht stillsteht...

radikal Soli-Tage

vom 29.11.-3.12.



Mi 29. 11.	20 Uhr	Veranstaltung zur radikal u. a. Veranstaltungsetage Größenwahn, Kinzigstr. 9, HH
Do 30. 11.	20 Uhr	Veranstaltung zu Abschiebeknästen, Infoladen Daneben im X-B-Liebig, Liebigstr. 34
	22 Uhr	Frauen/Lesbenparty mit Essen Café Anbiß, Kreutziger Straße 22
Fr 1. 12.	22 Uhr	Techno-Party Dance-Hall Köpy, Köpenicker Straße 137
Sa 2. 12.	15 Uhr	KNASTKUNDGEBUNG Moabit
	20 Uhr	„Happy Birthday Haftbefehl" Video zur radikal in der Veranstaltungsetage „Größenwahn" s.o.
	22 Uhr	Friedelhainer Kiez-Disco, Rigaer Str. 83
So 3. 12.	15 Uhr	Cafe mit Kuchen, aktuellen Informationen und Film X-B-Liebig, Liebigstr. 34

V.i.S.d.P.: Dr. Beyer, Herrenstr. 45a, 76133 Karlsruhe

ATHEN: 150 GENOSSINNEN IM KNAST

Wie jedes Jahr fand in Athen am 17. November eine große Demo zur Erinnerung an den Volksaufstand von 1973 statt. Damals griff das faschistische Obristenregime mit Panzern das besetzte Polytechnikum (Technische Universiät) an, dabei wurden ca. 200 Menschen ermordet.
Seitdem war die Uni für die Bullen tabu. Seit 22 Jahren durfte kein Bulle das Gelände betreten. Im Anschluß an die Demo vom letzten Freitag wurde das Polytechnikum von mehreren hundert Autonomen/AnarchistInnen besetzt, vorausgegangen waren Straßenschlachten mit den Bullen. Alles in allem nichts Besonderes, Polytechnikumbesetzungen im Anschluß an militante Demos sind in Athen eher die Regel als die Ausnahme.
Dieses Jahr wurde das Hochschulasyl aufgehoben. Samstag früh gegen 5.00 Uhr stürmten Spezialeinheiten der griechischen Bullen die Uni und nahmen knapp 500 GenossInnen fest. Ca. 150 sitzen heute (Mo) noch im Knast, die Justiz konstruiert gegen ca. 30 von ihnen den Vorwurf der Rädelsführerschaft. Diesen GenossInnen drohen bis zu fünf Jahren Knast! Die ersten Prozesse beginnen bereits am Mittwoch, den 22.11.
Wir befürchten, daß dies Schauprozesse werden und die Angeklagten zu hohen Haftstrafen verknackt werden sollen. Dagegen muß internationaler Druck aufgebaut werden! Wir müssen raus auf die Straße, um unsere Solidarität mit den Gefangenen und der Athener Bewegung auszudrücken.
Als ersten Schritt organisieren wir eine Protest-Kundgebung vor dem griechischen Konsulat am kommenden Montag.
Einige Autonome

Montag, 27.11.; 17.00 Uhr Wittenbergplatz 3a



IM SCHUTZ VON WASSERWERFERN *gingen Spezialeinheiten der Athener Polizei gegen Studenten vor, die nach einer Demonstration gegen das frühere Militärregime in Griechenland randalierend durch die Stadt zogen und anschließend die Technische Hochschule besetzten.* Photo: Reuter

Fünftägige Revolte beendet

Häftlinge in Athen geben auf

Nach Verhandlungen mit Regierung in Zellen zurückgekehrt

Athen (Reuter) – Nach fünftägigem Aufstand haben die Häftlinge im Athener Hochsicherheitsgefängnis Korydallos am Sonntag ihre Revolte beendet, bei der vier Insassen ums Leben gekommen sind und die Haftanstalt zu großen Teilen verwüstet wurde. Die Gefangenen seien freiwillig in ihre Zellen zurückgekehrt, das Personal sei wieder an seinen Plätzen, sagte Justizminister Yannis Pottakis vor der Haftanstalt. Rund 1000 Gefangene hatten am Dienstag abend nach einem gescheiterten Ausbruchversuch die Kontrolle über das Gefängnis übernommen, das für 400 Häftlinge gebaut wurde, aber völlig überbelegt ist.

Vier Menschen kamen im Verlauf der Revolte ums Leben. Ein 27jähriger Grieche wurde von Mitgefangenen gelyncht und verbrannt, während drei Insassen an einer Drogen-Überdosis starben. Mindestens 45 Gefangene wurden bei Kämpfen unter den Häftlingen verletzt oder erlitten Vergiftungen durch Drogen-Mißbrauch. Die Polizei hatte das Gebäude umstellt und mehrere Ausbruchversuche abgewehrt. Sie sah jedoch von Versuchen ab, die Revolte durch die Erstürmung des Gebäudes gewaltsam niederzuschlagen. Acht als Geiseln genommene Angestellte der Haftanstalt hatten die Häftlinge nach Verhandlungen freigelassen.

Die Revolte hinterließ ein völlig verwüstetes Gefängnis. Gefangene hatte ihre Zellen demoliert, Matratzen und Bettzeug in Brand gesetzt und Fensterscheiben zerstört. Auch die Gefängnis-Apotheke wurde geplündert. Die Gefangenen hatten mit ihrer Revolte eine bessere Verpflegung, den Abbau der Überbelegung und die Verlegung von Ausländern und Drogensüchtigen aus der Haftanstalt durchsetzen wollen. Die Regierung versprach die Erfüllung der Forderungen.

Unabhängig von der Gefängnisrevolte kam es am Samstag in Athen auch zu Studentenunruhen. Spezialeinheiten der Polizei stürmten die Technische Universität der Hauptstadt, die in der Nacht von Studenten besetzt worden war. 470 Besetzer wurden festgenommen. Die Studenten hatten das Gebäude besetzt, nachdem es bei einem Protestzug zur Erinnerung an die Studentenrevolte von 1973 gegen das damalige Militärregime zu Ausschreitungen gekommen war.

Presseerklärung

EINE HAND WÄSCHT DIE ANDERE

Berliner Kammergericht will Benjamin Ramos Vega ausliefern, wenn Spanien die Einhaltung der Menschenrechte zusichert

Seit nun fast zehn Monaten sitzt Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit in Isolationshaft, da der spanische Nationale Gerichtshof seine Auslieferung fordert. Ihm wird vorgeworfen, für die baskische Befreiungsorganisation ETA zwei Wohnungen in Barcelona angemietet zu haben. Diese Vorwürfe basieren einzig und allein auf durch Folter erpresste Aussagen. In der BRD liegt nichts gegen Benjamin Ramos Vega vor. Seine Inhaftierung beruht ausschließlich auf dem Auslieferungsbegehren des spanischen Staates.

Am 13.10.95 erkannte das Kammergericht Berlin in einem Beschluß an, daß Benjamin Ramos Vega nach seiner Auslieferung die Gefahr droht, gefoltert zu werden. Das Gericht unter Vorsitz des Richter Dr. Werner Nöldeke kam nicht umhin, Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen zur Kenntnis zu nehmen, die die systematische Folterpraxis in Spanien belegen. Das ist ein Erfolg der Verteidigung und des Drucks der Öffentlichkeit.

Man könnte jetzt auf die Idee kommen, daß ein politischer Flüchtling natürlich nicht an einen Staat ausgeliefert wird, von dem ihm Folter droht. Trotzdem will das Kammergericht Benjamin Ramos Vega auf jeden Fall ausliefern. Allerdings möchte es nicht die Konsequenzen tragen und kam daher auf die originelle Idee, die spanischen Behörden um ein Papier zu bitten, auf dem geschrieben steht, daß Benjamin Ramos Vega kein Haar gekrümmt wird. Der Verfolgerstaat soll garantieren, daß Benjamin Ramos Vega in Spanien nicht in Isolationshaft genommen wird, keine durch Folter erpressten Aussagen in seinem Verfahren verwendet werden und ihm, da er HIV positiv ist, eine angemessene medizinische Versorgung gewährleistet wird. Der spanische Staat hat bis zum 10. Dezember Zeit, diese Zusicherung abzugeben.
Der Beschluß hat in Spanien zu empörten Reaktionen von staatlichen Stellen und der Presse geführt. Der Innen- und Justizminister Juan Alberto Belloch forderte, daß Deutschland seine Gesetzgebung ändern müsse, wenn diese die Auslieferung von Terroristen verhindere. Es wurde weiterhin eine offizielle Protestnote der spanischen Regierung angekündigt und die Staatsanwaltschaft beim Nationalen Gerichtshof drohte, die zwanzig anhängigen deutschen Auslieferungsbegehren abzulehnen. Gefangene als austauschbare Ware, die je nach politischer Konjunktur und Interesse als außenpolitisches Druckmittel eingesetzt werden!

Die Folter in Spaniens Polizeirevieren und Knästen wird seit Jahren durch Berichte von amnesty international und der UNO - Menschenrechtskommission belegt, die sogar das Kammergericht dazu bewegten, öffentlich in seinem Beschluß darauf Bezug zu nehmen.
Daß es daraus ableitet, die Zusicherung eines Folterstaates, die Menschenrechte einzuhalten, sei einen Schutz für politische Gefangene und die Auslieferungshindernisse würden dadurch beseitigt, ist absurd. Solche Zusicherungen sind nicht mehr als bloße Lippenbekenntnisse. Deutschen Gerichten genügten schon lapidare Absichtserklärungen der Diktaturen im Sudan und der Türkei, um Oppositionelle auszuliefern. Mit einem banalen Papier kann sich jede Diktatur ihre politischen Flüchtlinge von einem deutschen Gericht zurückkaufen. Die alleinige Funktion solcher 'Garantien ' ist es, reibungslos ausliefern zu können, ohne sich die demokratisch weiße Weste zu beschmutzen. Eine Hand wäscht die andere!
Spanien kann bestenfalls eine wertlose Zusicherung der Einhaltung der geforderten Garantien abgeben. Für die BRD würde dies jedoch eine Freikarte für die zukünftige Abschiebung weiterer politischer Gefangener an Spanien bedeuten.
Wir lehnen die Forderung nach eine solche Zusicherung des spanischen Staates als unglaubwürdig und zynisch ab und fordern stattdessen, daß Benjamin Ramos Vega nicht ausgeliefert, sondern sofort freigelassen wird!

Der Zynismus geht aber noch weiter: während das Kammergericht erreichen will, daß Benjamin Ramos Vega in Spanien nicht in Isolationshaft genommen wird, verlängert es im gleichen Beschluß seine Isolationshaft hier . Das passt zu Dr. Nöldeke: Anfang der 80er Jahre machte er sich einen Namen mit Vorschlägen, wie Hungerstreiks politischer Gefangener beendet werden können: mit der Begründung, die Gesundheit der hungerstreikenden Gefangenen schützen zu wollen, schlug er vor, daß man ihnen 'möglichst bald nach Beginn des Streiks das Trinkwasser entzieht' (siehe Junge Welt vom 22.9.95). Genausowenig wie die Sonderhaftbedingungen aufgehoben wurden, wird Benjamin Ramos Vega in Moabit eine angemessene medizinische Versorgung seiner HIV-Infektion gewährt, die gleichwohl von Spanien garantiert werden soll. Benjamin erhält im Knast nicht einmal die Medikamente ausgehändigt, die er in Freiheit eingenommen hat. Von adäquater medizinischer Behandlung keine Spur!
Die von Dr. Nöldeke als 'nicht unverhältnismäßig' bezeichnete Isolationshaft bedeutet für Benjamin Ramos konkret: abgesehen von der miserablen medizinischen Versorgung nach wie vor 23 Stunden Einschluß, Einzelhofgang und Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen. Als spanisch- und catalansprechender Gefangener darf er außer an seine Familie keine Briefe in seiner Muttersprache schreiben und empfangen. Die halbstündigen Besuche werden immer von SicherheitsbeamtInnen überwacht und nur mit DolmetscherInnen genehmigt, die noch dazu von den BesucherInnen privat bezahlt werden müssen. Ein Antrag auf Umschluß mit dem politischen Gefangenen Werner Konnerth wurde ebenso abgelehnt wie ein Interview mit einem Filmteam.
Was soll mit so einer Behandlung eines Gefangenen wohl bezweckt werden ??

Wir fordern, daß Benjamin Ramos Vega sofort freigelassen wird !
Keine Auslieferung an den Folterstaat Spanien !

Protestieren Sie beim Kammergericht Berlin:
Dr. Werner Nöldeke, 4.Strafsenat, Witzlebenstr.4, 14057 Berlin, Tel: 030 - 32092967, Fax: 030 - 32092266

Berlin, 10.11.95
Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Rote Hilfe Berlin, Für eine linke Strömung (FelS) , B 259 - antifaschistische Jugendgruppe

weitere Informationen beim:
Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin, Fax: 030 - 2518539

„Ich werde mich meiner Auslieferung mit allen Mitteln widersetzen"
Interview mit Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit

Seit über zehn Monaten sitzt der spanische Staatsangehörige Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit in Isolationshaft, weil der spanische Nationale Gerichtshof seine Auslieferung wegen „Unterstützung der ETA" fordert. Er soll für die baskische Befreiungsorganisation zwei Wohnungen in Barcelona angemietet haben. Die Anklage gegen Benjamin Ramos Vega geht auf Aussagen zurück, die unter Folter zustandegekommen sind. Das Berliner Kammergericht hat deshalb entschieden, nur dann der Auslieferung zuzustimmen, wenn die spanischen Behörden bis zum 10. Dezember '95 eine Garantie für die Einhaltung der Menschenrechte abgeben. Unterdessen hat der Leitende Gefängnisarzt in einem Gutachten kritisiert, daß „die hochrestriktiven Sicherheitsauflagen in Haft" und „die Angst vor Auslieferung" für die Verschlechterung des Gesundheitszustandes des HIV-infizierten Benjamin Ramos Vega verantwortlich sind. Am 9.11.95 konnten wir mit Benjamin Ramos Vega in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit ein 45minütiges Interview machen.

Seit über zehn Monaten bist du jetzt hier in Moabit inhaftiert. Wie geht es dir ?

Benjamin
Gut. Wenn es ein Trost sein kann: die Schließer hier beleidigen mich nicht und mißhandeln mich nicht. Aber ich denke, daß die Sicherheitsmaßnahmen, die sie gegen mich anwenden, sehr extrem sind. Ich bin isoliert. Ich will es euch so erklären: hier im Knast sind fast 2000 Gefangene (...) und die Maßnahmen, die sie gegen mich anwenden, betreffen insgesamt höchstens sieben Gefangene. Höchstens! Ich weiß, daß vier von den sieben in irgendeiner Form politisch sind. (...) Außerdem finde ich den Hofgang in einem ummauerten Hof, der für mich nur eine weitere Zelle bedeutet, weil er geschlossen und klein ist, sehr bedrückend. Auch das wird (...) höchstens bei sieben Leuten gemacht, weil mehr als sieben Durchgänge gibt es nicht.

Warum bist du Teil des Kollektivs der baskischen politischen Gefangenen geworden? Du bist doch von deiner Herkunft her kein Baske!

Benjamin
(...) Wenn du dich mit Euskadi solidarisch zeigst und Unterstützung dafür leistest, wird das kriminalisiert. Deswegen begreife ich meine Kriminalisierung als Teil dessen, was gegen Euskadi, gegen die Opposition dort läuft. Sieh mal (...) ich habe die baskischen und die katalanischen Gefangenen besucht und ihnen geschrieben. Also, in Teneriffa - das ist eine Kolonie, ein afrikanische Insel, die aber zu Spanien gehört - gibt es einige Gefangene, die unter sehr schlechten Bedingungen leben. Die wissen, daß ich im Knast bin. Viele wissen, daß ich hier wegen meiner Unterstützung und Solidarität für Euskadi kriminalisiert werde. Ich bekomme Post von diesen baskischen Gefangenen und sie behandeln mich als Genossen. Sie sind jetzt im Hungerstreik, weil sie fordern, daß zumindest ihre grundlegenden Rechte respektiert werden. So ist das Kollektiv. Wenn du wegen deiner Solidarität kriminalisiert wirst, nehmen die baskischen Gefangenen dich auf und unterstützen dich.

Du bist in Katalonien aufgewachsen und hast dich dort an der linken Unabhängigkeitsbewegung beteiligt. Wie hast du dich politisert ?

(...) Wenn du aus einer LandarbeiterInnenfamilie kommst und unter der Repression leidest, was machst du dann ? Ich habe mir nur die Realität bewußt gemacht und dann ist es normal, daß du Widerstand leistest. Nicht alle, die unter Repression leiden, ziehen daraus eine Konsequenz. Gut, ich habe das gemacht. Die Ungerechtigkeit ist da, um bekämpft zu werden ! Es gibt keinen Mittelweg.(...)

1977 warst du auf einer Demonstration zum katalanischen Unabhängigkeitstag, auf der ein Junge erschossen wurde.

Benjamin
Ich war vierzehn und trug eine rote Fahne. Ich war damals in der Schule und dort wurde mir klar, daß wir KatalanInnen ein Volk sind mit einer eigenen Sprache. (...) In dieser Zeit herrschte eine Umbruchstimmung, alles war "erlaubt". (...) Auf der Demonstration hörte ich dann Schüsse und ein Junge, der in meiner Nähe ging, starb. Die Schuldigen wurden niemals gefunden. Er hieß Gustavo. Das ist mir sehr nahe gegangen, auch wenn ich ihn nicht gekannt habe. Die Tatsache, daß er aus denselben Gründen da war wie ich, reichte mir. Deswegen nennen mich die Leute Gustavo. Sogar die spanischen Polizisten, die mich hier verhaftet haben, nannten mich Gustavo, als sie mich verhören wollten.

Eine Kritik von Teilen der deutschen Linken am Konzept der Nationalen Befreiung ist, das die soziale Emanzipation der Orientierung auf die Unabhängigkeit untergeordnet wird. Wie siehst du das?

Benjamin
(...) In Euskadi gibt es seit 35 Jahren den bewaffneten Kampf. Bevor Franco starb (...) wurde kritisiert, daß die ETA sozialistisch sei. Sie wollte Unabhängigkeit und Sozialismus! Die baskische ArbeiterInnenbewegung, und

das ist der kämpferischste Sektor, ist Teil der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. (...) Im September gedachte man dem 20. Jahrestag der Ermordung von Txiki.(1) (...) Also Txiki schrieb in einem Brief, er kämpfe für die Freiheit aller Völker im spanischen Staat, bis der Sozialismus erreicht sei. Die Unabhängigkeitsbewegung will kein bestimmtes politisches Modell durchsetzen - was eingefordert wird, ist das internationale Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die Respektierung dieses Rechts. Und wenn einmal eine Garantie dafür besteht, und wenn einmal das Territorium Euskadis wiedervereinigt ist, dann sollen alle Parteien und Bewegungen Euskadis diskutieren, wie sie sich die Zukunft vorstellen. Es wird immer das Volk sein, das entscheidet, das Volk wird befragt werden. (...)

Du hast vorhin gesagt, daß du dir sowohl mit katalanischen als auch baskischen politischen Gefangenen geschrieben und sie besucht hast. Vielleicht kannst du erzählen, unter welchen Bedingungen sie in den Gefängnissen leben, damit Leute hier besser verstehen können, was dich erwartet, wenn du ausgeliefert wirst.

Benjamin

Also auf der Ebene der Strafen, von den Jahren her, ist es so, daß es schon für kleine, unbedeutende Delikte viele viele Jahre Knast gibt. Es gibt kein lebenslänglich, aber es gibt Leute, die haben 50,100, 200 Jahre. Das Kollektiv der katalanischen Gefangenen (2) ist ziemlich klein, aber das der baskischen Gefangenen zählt mehr als tausend Personen, wenn man die Totalverweigerer mitzählt, also bei drei Millionen EinwohnerInnen tausend politische Gefangene.
Von ihren Bedingungen her sind sie einem permanenten, konstanten Druck unterworfen, ihre Ideen und politischen Überzeugungen zu verraten und mit dem System zusammenzuarbeiten. (...)
1987 wurden die baskischen Gefangenen in Knäste des gesamten spanischen Staatsgebietes außerhalb Euskadis verteilt, sie entfernten sie aus ihrem kulturellen Umfeld. In den Knästen sind sie mit den verschiedensten Formen von Repression konfrontiert. Du kannst ganz isoliert werden, oder sie machen dir kleine Zugeständnisse, um sie dir gleich wieder wegzunehmen, um dich langsam zu zerstören. Was auch sehr schlimm ist, ist, daß die ganze Repression nicht nur auf die Gefangenen selbst abzielt, sondern auch die Familien trifft! Für Besuche müssen sie lange Fahrzeiten von tausenden von Kilometern in Kauf nehmen. Bis auf die Kanarischen Inseln, das sind 3000 Kilometer. (...) Du machst also die Reise und dann triffst du deinen Sohn, deinen Genossen, deinen Bruder, den Gefangenen nicht, weil sie sie in einen anderen Knast verlegt haben. Und was oft passiert, ist daß die Polizei die Gefangenen bei den Verlegungen schlägt. (...) Abgesehen davon, daß sie deine politischen Überzeugungen zerstören wollen, wollen sie auch deine Gesundheit kaputtmachen. Es sind schon Gefangene im Knast krank geworden und gestorben. (...) Ich kann euch den ganz aktuellen Fall von Pilar Ferreira (3) erzählen, einer baskischen Gefangenen. (...) Sie operierten sie und haben sie danach im Knast, mit Tropf und allem, mit Handschellen ans Bett gefesselt. Die Praxis der Verteilung der baskischen Gefangenen ist illegal, wird aber von allen politischen Parteien geduldet. Nach acht Jahren kann man heute sehen, daß sie nicht gewirkt hat. Man kann die Zahl der Gefangenen an dieser Hand abzählen, die aufgegeben haben; die wegen der Repression (...) entschieden haben, zu sagen, daß der Kampf für die Freiheit von Euskadi nicht gerecht ist, daß die Selbstbestimmung Unsinn ist, daß es ja schon eine Demokratie gibt. Die das in einem öffentlichen Diskurs vertreten, um eine Verringerung ihre Strafe zu erreichen, das sind wirklich ganz wenige.

Kürzlich hat das Berliner Kammergericht entschieden, deine Auslieferung von Bedingungen abhängig zu machen, die die spanische Behörden erfüllen müssen. Und zwar, daß keine unter Folter erpreßten Aussagen in deinem Verfahren verwendet werden, daß du nicht in Isolationshaft kommst und daß du eine angemessene medizinische Versorgung erhälst.

Benjamin

Ich finde es sehr positiv, daß der Richter den Schriftsatz der Verteidigung zur Kenntnis genommen hat. Das ist das einzig positive, das ich daran sehe. Daß er sich jetzt unter dem Druck der politischen Seite entscheiden wird, mich auszuliefern... klar! Es ist logisch, daß in politischen Fragen die Politiker entscheiden und nicht die Richter.(...) Im spanischen Staat gibt es ein Sondergericht, um die baskische Opposition abzuurteilen. Es heißt Audiencia Nacional. Wenn ein Gefangener nach fünf Tagen Isolationshaft dem Gericht vorgeführt wird und sie ihn geschlagen und gefoltert haben, schert sich der Richter nicht darum. Einige wurden sogar mit offenen Wunden und Narben vorgeführt. Darum finde ich positiv, daß meine Meinung zumindest angehört wird... Ich werde die Hoffnung aufrechterhalten bis zum Termin, an dem sie entscheiden werden, ob sie mich ausliefern. Wenn es, was ich nicht hoffe, eine Entscheidung für meine Auslieferung geben wird, ist es sehr klar, daß ich mich dem mit allen Mitteln widersetzen werde.

Wir wünschen dir alles Gute !

Das Interview wurde von zwei PolizistInnen des LKA und mehreren Schließern überwacht. Wir durften mit Benjamin Ramos nur Deutsch sprechen; unser Gespräch wurde dann von einer Dolmetscherin, die das LKA bestellt hatte, zu großen Teilen sinnentstellend übersetzt. Die Kosten für die Überwachung und die Übersetzung sollen wir gemäß dem Beschluß des Kammergerichtes selbst tragen.
Das Interview wurde von uns selbst übersetzt und gekürzt.

Anmerkungen:
(1) Txiki - aus Südspanien stammendes ETA-Mitglied, der kurz vor Ende der Franco-Diktatur am 27.12.75 zusammen mit vier anderen linken Militanten unter Franco hingerichtet wurde.
(2) Das katalanische Gefangenenkollektiv besteht derzeit aus acht Gefangenen.
(3) Pilar Ferreiro ist wie Benjamin als Katalanin wegen „Unterstützung der ETA" inhaftiert.

ERKLÄRUNG

in der nacht vom 16. auf den 17. 11 haben wir das restaurant "Fou Fou" in der görlitzerstr. angegriffen, indem wir die tür öffneten und diverse stinkende flüssigkeiten hinterliessen.
die uhrzeit haben wir bewußt so gewählt, um die gefährdung von personen zu vermeiden und eine eventuelle körperliche auseinand-dersetzung mit dem personal auszuschließen.
ziel dieser aktion ist nicht, ganz platt gesagt, den kampf gegen die umstrukturierung wieder voll aufzunehmen. aber wir lassen uns nicht alles bieten. um gewisse freiräume, die wir hier noch haben, kämpfen wir. und wir macheh die yuppiemeute mit extremem nachdruck auf ihr mieses verhalten aufmerksam, um sie zu zwingen daran etwas zu ändern oder abzuhauen. kampagnen gegen umstruktu-rierung hat es hier schon öfter gegeben, wie die kampagne gegen die oberbaumbrücke, anschläge von [illegible] und angriffe von der wagen-sportliga.
diese kampagnen waren nie umsonst, auchwenn die umstrukturierungs-maßnahmen selten dadurch konkret verhindert wurden, bzw. die auswirkungen der kampagnen nicht genau eingrenzbar waren /sind.
ob es jetzt anders sein wird,- wird sich zeigen.
wieso wir jetzt aktiv werden:
bei uns ist die toleranzgrenze extrem überschritten, wenn sich diese yuppiemeute aktiv gegen uns stellt. was sich z.b. darin äußert, daß einige läden es nicht mehr zulassen, daß wir drinnen und draußen an ihren wänden politische plakate oder parolen hinterlassen. dieses "nicht zulassen" hat eine spannbreite von verbaler anmache über körperliche gewaltandrohung bis zu denunzia-tion bei den bullen.
- wenn menschen, mit denen wir aus politischer grundlegender sicht solidarisch sind, das für sie notwendige betteln in solchen läden verboten wird.
- wenn menschen, die in diesen läden arbeiten, sexistischer und oder rassistischer anmache von höhergestelltem personal oder den chefs unterzogen sind und sie ewig auf ihren lohn warten müssen bzw. er ihnen teilweise garnicht ausgezahlt wird.
- wenn die momentan beschissene wirtschaftssituation vieler in sofern ausgenutzt wird, daß trotz guter einnahmen extrem niedrige löhne gezahlt werden.
- dann sollen die, die solche schweinereien durchziehen, mitkrie-gen, was wir von ihnen halten.

weshalb das "Fou Fou":
ganz einfach, mit dem "Fou Fou" treffen wir genau solch einen laden, auf den die meisten der aufgeführten punkte zutreffen.
zuzufügen ist noch der verdacht, daß in dem laden mit kokain gehandelt wird.

was wir wollen:
am liebsten natürlich alle yuppies und bonzen aus dem kiez auf den mond schießen und dort endlagern. dafür fehlt uns aber leider das "know how".
also , um realistisch zu bleiben: wir wollen effektiv gegen die vorher genannten verhältnisse angehen. d.h., nicht darauf gucken zu müssen, wessen wand wir gerade mit unseren plakaten, parolen oder sonst was verschönern.
daß wir selbst entscheiden können, wem wir beim betteln geld geben, und dies nicht von irgendeiner/m wirtIn bestimmt wird.
genauso wollen wir, daß sich korrekt gegenüber eingestellten personal verhalten wird und daß dieses eh schon existente macht-verhältnis nicht noch zusätzlich über die rassistische/sexistische ebene ausgenutzt wird.
und natürlich wollen wir, daß alle leute für ihre arbeit direkt und korrekt bezahlt werden und wehren uns weiterhin gegen kapitalistische ausbeutung des geschilderten rahmens, in dem die macht der reichen extrem ausgenützt wird durch das vorgaukeln eines pseudo-freundschaftlichen verhältnisses.

paßt bloß auf, was ihr hier treibt!!
geht bewußter mit den menschen und dem kiez um!!
am besten: haut ab mit euren scheißteuren läden!!

heute ist nicht alle tage, wir..ō..

ENTZÄUNUNG

der Bundeswehrkaserne in Holzdorf

Seit dem 23.10.95 sitzen die Totalverweigerer Martin Raschke und Mario Singe in den dortigen Arrestzellen. Hiermit kündigen wir vorher öffentlich an, den Zaun der Kaserne zu zerschneiden und das Kasernengelände zu betreten.

Wir treffen uns am 25.11.95 um 13.00 Uhr direkt am Kasernentor. Kommt alle zahlreich mit Euren Werkzeugen und zeigt diesem Staat, daß Ihr der Inhaftierung von Totalverweigerern nicht tatenlos zuschaut.

Zugverbindung: RE 3629

Schwedt	08.27
Angermünde	09.14
Eberswalde	09.33
Biesenthal	09.41
Bernau	09.49
Berlin-Lichtenberg	10.11
Berlin-Schönefeld	10.36
Luckenwalde	11.10
Jüterborg	11.20
Holzdorf	11.39

Freiheit für alle Totalverweigerer!

Ermittlungsausschuß

PROTESTERKLÄRUNG DES EA — Bamberg, den 1.11.95

Bei den Protestaktionen gegen die zentrale bayernweite Rekrutenvereidigung in Bamberg kam es zu insgesamt 22 Festnahmen.
Nachdem schon mehrere Personen bei Vorkontrollen in Gewahrsam genommen worden waren, erlebte das repressive Vorgehen der Sicherheitsorgane schon kurz nach den ersten Pfiffen auf dem Domlatz seinen Höhepunkt:
Das als Schlägertruppe bekannte bayerische Unterstützungskommando (USK) ging in altbekannter brutaler Art und Weise gegen jeden Ansatz von Protest vor. Unter dem Applaus und kräftiger unbezahlter Mithilfe der umstehenden Bevölkerung wurden Menschen an den Haaren mehrere Meter über den Platz geschleift, und die, die schon am Boden lagen, erwarteten noch Tritte. Bürger mit und ohne Uniform begingen Straftaten und begünstigten sich dabei gegenseitig.
Es ist vollkommen uninteressant, daß laut Gesetz die körperliche Unversehrtheit ein Recht ist, das für alle Menschen gilt. Vielmehr gehen die VolksgenossInnen "mutig" und "opferbereit", mit viel "Gemeinsinn" (Stoiber-Zitate in Bamberg) gegen alle Menschen vor, die außerhalb dieser Wertegemeinschaft stehen oder sich dem nationalen Konsens verweigern. Der liberale Rechtsstaat hat ausgedient.
(Die nach wie vor gültige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts anläßlich einer Rekrutenvereidigung in Lübeck lautet: Kritische Äußerungen müssen so lange ertragen werden, wie der Ablauf nicht erheblich gestört wird. Transparente und Flugblätter sind ausdrücklich erlaubt. Vor einer gewaltsamen Entfernung bei massiver Störung hat ein förmlicher Platzverweis zu erfolgen.)
Rechtliche Verschärfungen zeigen sich beispielsweise in Sondergesetzen für MigrantInnen, Abschiebeknästen, Abschiebungen in Tod und Folter, 14 Tagen Schutzhaft für KritikerInnen. Nach wie vor tagtägliche Bedrohungen für MigrantInnen, das Erstarken des Antisemitismus und die Kriminalisierung des Antifaschismus zeigen, wie gefestigt die Nationale Front schon ist.
Auch die Bundeswehr steht Gewehr bei Fuß. Mit eindeutigen Gesten bekundeten frisch vereidigte Rekruten ihre Bereitschaft, die festegenommenen DemonstrantInnen zu exekutieren.
Um gegen diese Ausschreitungen seitens der Sicherheitsorgane und die immer größer werdende Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu protestieren, fand am Abend eine Spontan-Kundgebung unter dem Motto "Freiheit für die Festgenommenen - Kampf dem deutschen Kriegskurs" statt. Auch diese Kundgebung wurde von der Polizei beendet und die Personalien aller TeilnehmerInnen aufgenommen.
Auf dem Domberg kam es nocheinmal zu drei Festnahmen, als KriegsgegnerInnen der Gruppe "Anstiftung zum Frieden" mit einem Transparent ("Frieden schaffen ohne Waffen") ihren stummen Protest kundgaben - wobei ein Polizist sich eine rassistische Äußerung gegen einen türkischen Menschen nicht verkneifen konnte. Erst ca. 22 Uhr waren alle Gefangenen wieder auf freiem Fuß, nachdem alle erkennungsdienstlich mißhandelt worden waren.
Die Bamberger Lokalzeitung "Fränkischer Tag" lieferte erneut ein glänzendes Beispiel dafür, was im heutigen Deutschland scheinbar als Journalismus bezeichnet wird. In der Manier des "Bayernkurier" wurde Stoiber gefeiert, Stoiber gelobt, Stoiber zitiert, Stoibers Eßgewohnheiten dargelegt, die applaudierende Bevölkerung lobend erwähnt, der Militäraufmarsch mit Fackeln und Marschmusik als "Höhepunkt der feierlichen Stimmung" bezeichnet. Der FT-Schreiberling kam nicht umhin, auch noch seine Freude darüber kundzutun, daß der Zapfenstreich aufgrund eines massiven Polizeiaufgebots und der zahlreichen Festnahmen ohne kritische Meinungsäußerungen über die Bühne gehen konnte.

"Es gibt tausend Mumia Abu-Jamals"



Menschenrechte erkämpfen!

Am 10. Dezember wird wie jedes Jahr der Tag der Menschenrechte begangen. Es werden Verletzungen der Menschenrechte auf der ganzen Welt angeprangert, wobei vielfach auf den unmenschlichen Umgang mit politischen Gefangenen in den verschiedensten Ländern eingegangen wird.

Ein aktuelles Beispiel dafür, wie Staaten versuchen, Menschen auszuschalten, die durch ihr politisches Engagement zu unbequem wurden, ist der Fall von Ken Saro-Wiwa und acht weiteren Mitstreitern, die am 11.11.95 in Nigeria hingerichtet wurden. Sie kämpften in einer Protestbewegung gegen ökologische Zerstörung und Ausbeutung ihres Landes durch multinationale Konzerne wie AGIP, SHELL, ELF und andere. Die nigerianische Regierung beantwortete diesen Kampf mit staatlichem Mord durch die Todesstrafe.



Auch die USA, die jetzt mit an erster Stelle des internationalen Protestes gegen Nigeria steht, praktizieren diese. Auch hier soll ein Systemgegner mit Hilfe der Todesstrafe aus dem Weg geräumt werden. Der Fall von Mumia Abu-Jamal führte im Sommer zu einer großen weltweiten Solidaritätskampagne. Nicht zuletzt dieser Protestbewegung ist es zu verdanken, daß der schwarze Journalist, ehemalige Black Panther und MOVE-Mitglied im August nicht hingerichtet wurde. Im Moment läuft für seinen Fall der Antrag auf ein Wiederaufnahmeverfahren in zweiter Instanz. Doch obwohl seine Hinrichtung vorerst aufgeschoben wurde, sitzt Mumia immer noch in der Todeszelle. Der Druck auf die Verantwortlichen aus Justiz, Politik und Wirtschaft muß weiterhin bestehen bleiben, wenn wir nicht wollen, daß Mumia doch noch hingerichtet wird.

Doch darf sich der Protest nicht allein auf diese Fälle beschränken, an denen sich so deutlich die Härte und Unmenschlichkeit zeigt, mit der gegen SystemgegnerInnen vorgegangen wird. Mumia selber sagte „es gibt tausend Mumia Abu-Jamals", die wegen ihrer Hautfarbe, Überzeugung und ihres politischen Handelns verfolgt werden, von der Todesstrafe bedroht sind und in Gefängnissen sitzen.

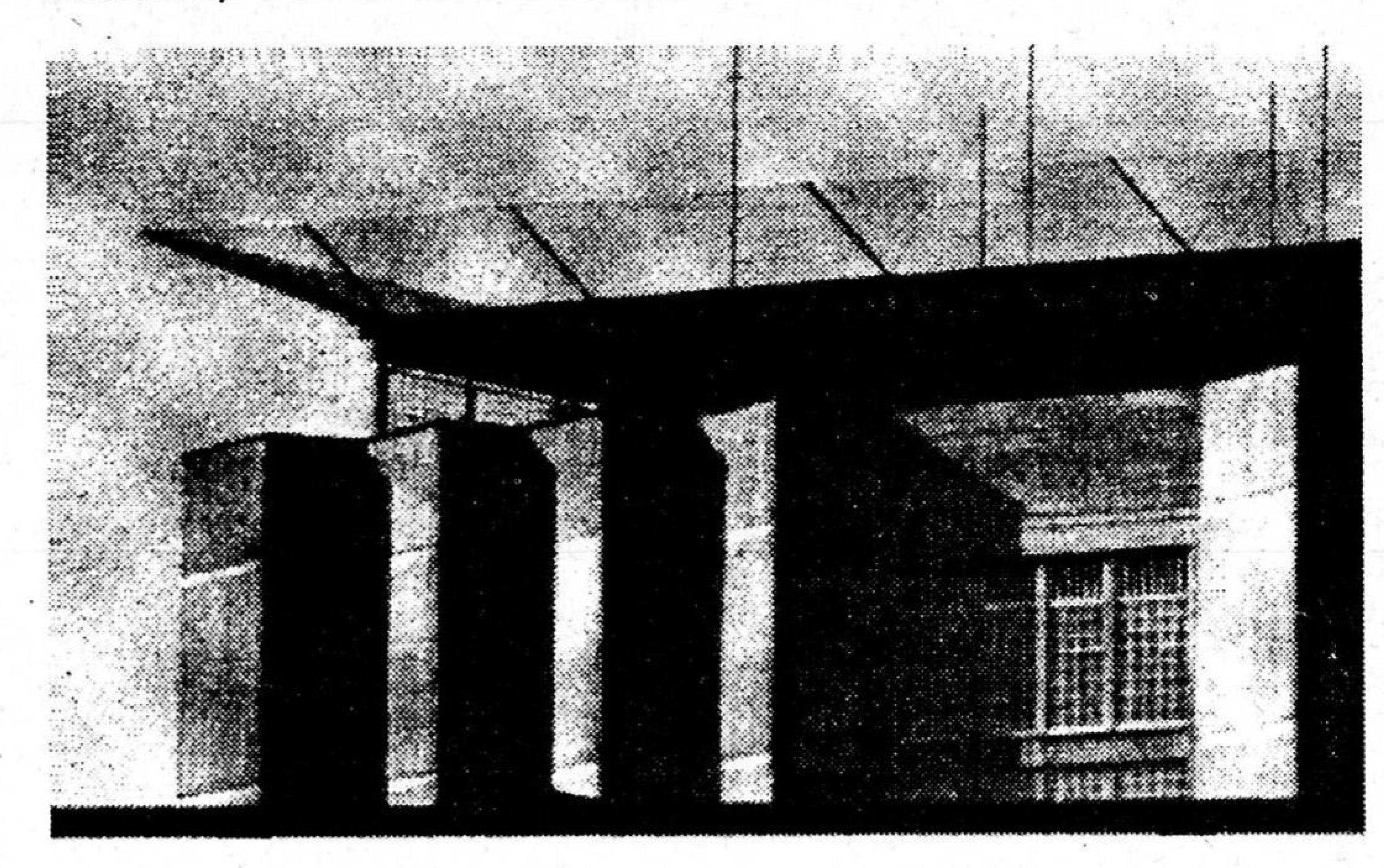
Weltweit werden Widerstandsbewegungen unterdrückt, auch wenn sich die verschiedenen Staaten dabei unterschiedlicher Mittel bedienen. Auch in der BRD wird versucht, politische GegnerInnen auszuschalten. Hier kann zwar die Todesstrafe dazu offiziell nicht eingesetzt werden, aber der BRD-Staat hat andere Mittel dafür ersonnen.

Dieser Vernichtungswillen zeigt sich an der Situation der Gefangenen aus der RAF. Seit über 20 Jahren führt hier der Staat vor, wie in einem „demokratischen Rechtsstaat" mit Menschen umgegangen wird, die nicht bereit sind, sich mit diesem imperialistischen System aus Ausbeutung und Unterdrückung zu arrangieren.

Die gängige Methode, die hier zur Vernichtung politischer Gefangener eingesetzt wird, ist die nach UN-Recht international als Folter geächtete Isolationshaft, bei der Gefangene von jeglichen menschlichen Kontakten abgeschottet werden, 23 Stunden jedes Tages in einer Zelle verbringen, in die weder Geräusche noch Sonnenlicht dringen. Auch bei dem einstündigen Hofgang wird ihnen der Kontakt zu anderen Gefangenen verwehrt. Es ist erwiesen und klar beabsichtigt, daß die Isolationshaft zur psychischen und körperlichen Zerstörung führt. Damit soll die politische Identität der Gefangenen gebrochen

DEMONSTRATION
zum Frauenknast Neudeck
Samstag, 9. Dezember 1995
Auftakt: 11:30 Uhr, Sendlinger Tor Platz (München)

werden. So sitzt zum Beispiel Brigitte Mohnhaupt nach über 12 Jahren immer noch in Totalisolation im bayerischen Aichach, ohne Kontakt zu anderen gefangenen GenossInnen. Ihre Besuche - zwei Stunden im Monat - finden hinter Panzerglasscheiben statt und werden von anwesenden LKA-Beamten überwacht. Besuche ihrer Mutter sind ohne Trennscheibe, werden aber ebenfalls akustisch überwacht.



In jüngster Zeit sind es vor allem kurdische Menschen, die ebenfalls Isolations- und Sonderhaftbedingungen ausgesetzt sind. Kurdische Gefangene werden oft verurteilt und abgeschoben, ohne je mit einem Anwalt bzw. einer Anwältin gesprochen zu haben. Die Sprachbarriere wird hemmungslos ausgenutzt, Prügel und Mißhandlungen stehen an der Tagesordnung.

Sie wurden durch das sogenannte „PKK-Verbot" kriminalisiert, das sich gegen den gesamten kurdischen Befreiungskampf richtet. Wie das türkische Regime bezeichnet die BRD den völkerrechtlich legitimen Befreiungskampf der KurdInnen als Terrorismus. Parallel dazu unterstützt der deutsche Staat durch militärische, finanzielle und politische Hilfe den Völkermord in Kurdistan, der ohne diese Unterstützung in seiner Intensität gar nicht möglich wäre. Die BRD fungiert damit als Handlanger des Terrorregimes Türkei, oder wie Außenminister Klaus Kinkel es ausdrückte: „Man läßt Freunde gerade auch in schwierigen Situationen nicht im Stich".

Aber auch in andere Regionen der Welt wird die Aufstandsbekämpfung deutscher Machart exportiert. Hochsicherheitstrakte à la Stammheim sind in Peru, Chile, Spanien und anderorts mittlerweile Standard für die Inhaftierung von WiderstandskämpferInnen. Stammheim wurde zum Synonym moderner Vernichtuung. Durch angebliche „Selbstmorde" fanden dort Ulrike Meinhof (1976), Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe (1977) den Tod, die Ursache wurde nie endgültig geklärt. Doch internationale Untersuchungskommissionen kamen zu dem Schluß, daß Selbstmord eine unwahrscheinliche Todesursache sei. Der Mord an den Gefangenen wäre somit eine andere Methode, ohne offizielle Todesstrafe politische Gefangene auszuschalten.

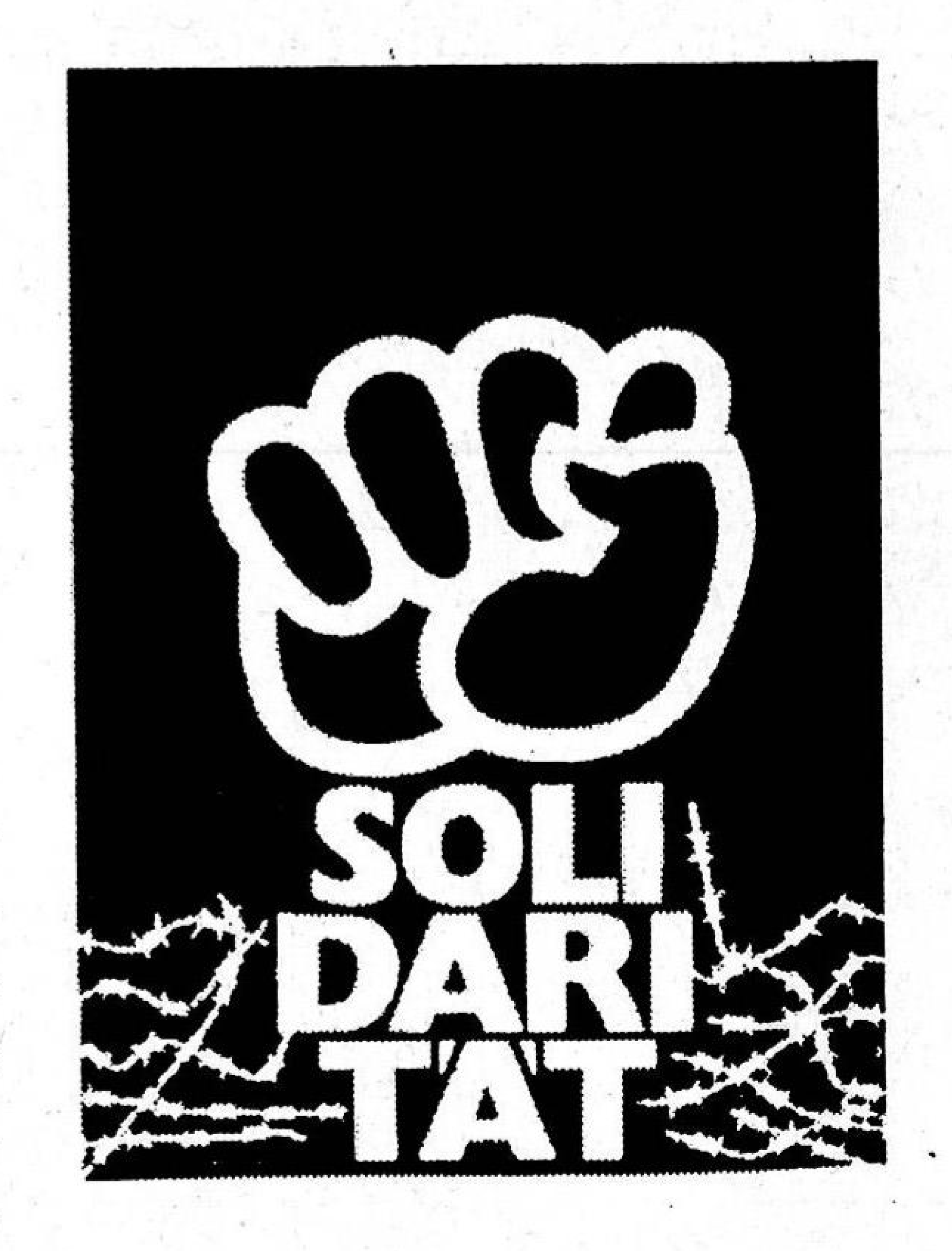
All dies zeigt, wie weit es mit den Menschenrechten in unserem Land her ist.

Die Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien dienen als Vorwand für die Wiederbeteiligung der deutschen Soldaten an Kriegseinsätzen - Ziel ist es jedoch, daß Deutschland auch militärisch bald wieder zu den führenden Großmächten der Welt zählen kann. Im eigenen Land werden diese Menschenrechte jedoch mit Füßen getreten, sei es bei der Behandlung politischer GegnerInnen oder der Handhabung des UN-Rechts auf Asyl, das vor zwei Jahren faktisch abgeschafft wurde.

Der „Tag der Menschenrechte" bedeutet also auch, in diesem sogenannten „demokratischsten Land der Welt" die Durchsetzung der Menschenrechte zu erkämpfen.

Deshalb fordern wir:

Menschenrechte erkämpfen!
Freiheit für Mumia Abu-Jamal
und alle anderen revolutionären Gefangenen weltweit!
Weg mit der Todesstrafe und Isolationsfolter!
Hoch die internationale Solidarität!



UnterstützerInnen:
Antiimperialistische Gruppe im Infobüro (Nürnberg), Autonome Zelle „Erich Mühsam" (München), Ermittlungsausschuß (EA) München, Grüne Hilfe Nürnberg, Infoladen München, Jugendinitiative Grafing (JIG), Kurdistan Solidarität Erlangen/Nürnberg, Kurdistan Solidaritätskomitee München, Legalize it (Nürnberg), Münchner Bündnis gegen Rassismus, Mumia-Solikomitee München, Organisierte Autonomie (Nürnberg), Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) - IV. Internationale (München), Rote Hilfe München e.V., Stadtratte München, Volxkino Ebersberg, Zusammen kämpfen (München)

Widerstand kostet Geld!!! ***Spendenkonto für die Demo bzw. die Kampagne für Mumia Abu-Jamal***
Postbankkonto 220 16 803, BLZ 70010080, ROTE HILFE München e.V., ***STICHWORT "Mumia-Demo" bzw. "Mumia-Kampagne"***

V.i.S.d.P.: E. Vollmar, Van-der-Smissen-Str. 3, 22767 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag

„Im Bürgerkrieg verheizt und danach beraubt“

■ Dokumentation eines Essays von Ken Saro-Wiwa über die Interessen der Ölindustrie und die Politik der nigerianischen Regierung gegenüber den ethnischen Minderheiten

(...) Ich appelliere an die Bevölkerung des Deltas, im gerechten Kampf für ihre Rechte auf jegliche Gewalt zu verzichten. Ich glaube, daß die Geschichte auf ihrer Seite ist. Aber die Ogoni stehen einem Konzern gegenüber, dessen Management rassistisch und grausam dumm verfährt. Shell verfolgt die Absicht, den nigerianischen Ethnozentrismus zum eigenen Vorteil zu nutzen. Und ich bin nicht sicher, ob die nigerianische Polizei es verstehen wird, auf die brenzlige Situation anders als mit brutaler Gewalt zu reagieren. Jede Form von Gewalt wird daher nur Blutvergießen und zahllose Opfer nach sich ziehen.

Andererseits müßte die Regierung schon großen politischen Scharfsinn an den Tag legen, wenn eine gerechte Übereinkunft erzielt werden soll. Die Versäumnisse der letzten zwanzig Jahre waren kriminell, und das Unrecht, das der Bevölkerung des Deltas angetan wurde, ist gewaltig. (...)

Wir haben es im Delta nicht einfach nur mit einem Ölproblem zu tun, das Problem ist ein politisches. Die Bevölkerung dort fühlt sich von der nigerianischen Regierung betrogen: im Bürgerkrieg als Kanonenfutter verheizt und danach beraubt. Die Wut darüber wird sich nicht so leicht besänftigen lassen. Und dafür gibt es zwei wichtige Gründe:

Erstens gewährt die nigerianische Verfassung ethnischen Minderheiten keinen Schutz – die Menschenrechtsbestimmungen schützen nur Individuen. Die Gemeinschaften, die die Föderation bilden, genießen folglich keinen verfassungsmäßigen Schutz – für sich, ihr Eigentum und ihre Institutionen. Als Folge dessen mißbrauchen die zahlenmäßig größten Ethnien ihre Überlegenheit, um auf den Minderheiten herumzutrampeln. Zweitens geht es um die Verteilung staatlicher Einkünfte. Öl steht derzeit im Zentrum des nigerianischen Föderalismus. Bevor Öl zur Haupteinnahmequelle wurde, war Herkunft das entscheidende Prinzip für die Verteilung der Mittel: Die Ursprungsregion erhielt 50 Prozent aller Einkünfte, die sie erwirtschaftete. Mit dem Geld, das mit Kakao verdient wurde, konnten beispielsweise die Yoruba alle Yoruba-Kinder kostenlos ausbilden. Sie sind es, die heute Führungspositionen in Industrie, Handel und Politik innehaben.

Heute jedoch ist Öl Nigerias Haupteinnahmequelle – und das Öl lagert vor allem unter dem Territorium der Minderheiten. Das Herkunftsprinzip aber ist inzwischen zum Nutzen der großen Ethnien aufgegeben worden. Die föderale Regierung verwendet einen Großteil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft für soziale Projekte in Regionen ohne Öl. Eine solche Diskriminierung kann am Ende nur zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen. (...)

Ich möchte glauben, daß die Nigerianer einen Krieg im Delta vermeiden wollen. Wenn das so ist (...), muß die föderale Regierung neue Gesetze erlassen. Gesetze, die die Interessen derer, die auf dem Ölland leben, berücksichtigen. Außerdem sollte sie den Landbesitzern Tantiemen aus dem Ölgeschäft zugestehen. Auch muß der Schlüssel für die Verteilung der Einkünfte überprüft werden. Bürger aus den Ölgebieten müssen im Vorstand der Ölfirmen vertreten sein und die Gemeinden vor Ort beteiligt werden. Schließlich muß der Bevölkerung des Deltas erlaubt werden, sich am Verkauf von Rohöl zu beteiligen.

Nur so kann die Katastrophe verhindert werden, die im Delta droht. Hört irgend jemand zu?

(1991 erschienen in Ken Saro-Wiwas Sammelband „Similia“)



Am Freitag hingerichtet: Ken Saro-Wiwa *Foto: Norbert Michalke*

NACHRICHTEN AUS MEXICO

Hier ein Hinweis für alle GenossInnen, die Kontakt haben oder hatten mit der „Federación Anarquista Revolucionaria“ (revolutionär-anarchistische Föderation) oder/und der Zeitung „Amor y Rabia“ (Liebe und Wut) :

Das Postfach der Zeitung „Amor y Rabia“ wurde von der Policía Judicial (zivile Geheimpolizei) willkürlich gesperrt. Deshalb gibt es zur Zeit bis auf weiteres keine Kontaktadresse von uns. Unter den derzeitigen Bedingungen in Mexico, die bestimmt sind von Kontrolle unbd Repression, ist es sehr schwierig, ein Postfach zu bekommen :
es wird verlangt, daß drei Personen jeweils mit ihrer Unterschrift und einem kommerziellen Firmenstempel bürgen (was heißt, daß Privatpersonen oder nicht-kommerzielle Gruppen, Vereine o.ä. kein Postfach bekommen können).

Aufgrund der Verschärfung der Repression mußte das Haus verlassen werden, das als Büro für die Zeitung und für die Federación Anarquista Revolucionaria benutzt wurde. Außerdem wurden die gesamten Gerätschaften gestohlen, womit die Zeitung Amor y Rabia hergestellt wurde : Computer, Modem, Drucker, Fax-Gerät und Anrufbeantworter.

Mit kämpferischen Grüßen,

die HerstellerInnen der Zeitung Amor y Rabia
Federación Anarquista Revolucionaria

Anmerkung :
Sobald es eine neue Kontaktadresse gibt, wird sie an derselben Stelle wie dieses Schreiben veröffentlicht werden. Für alle, die aus Solidarität zu der Zeitung Amor y Rabia etwas spenden wollen, gibt es ein Konto (siehe unten).
Das gilt auch für diejenigen, die den Aufbau der drei, noch in Planung befindlichen, Projekte der Federación Anarquista Revolucionaria unterstützen wollen. (Das sind : „Radio Rabia“, ein freies Radio; eine Druckkooperative und eine antiautoritäre Schule auf dem Land).

Die Zeitung Amor y Rabia ist die einzige revolutionär-anarchistische Veröffentlichung in Mexico. Seit 1993 wird sie ohne Unterbrechungen herausgegeben. Wegen der Situation in Mexico wird sie bei Demos, in Schulen, in der U-Bahn usw. per Hand verteilt. Das hat es ermöglicht, ein breites soziales Spektrum zu erreichen und sich nicht auf die anarchistische Szene zu beschränken.

Unterstützungsgruppe von Amor y Rabia

SPENDENKONTO:

Anderkonto	**Konto-Nr.: 282 114 - 103**
„Amor y Rabia“	**BLZ : 100 100 10**
RA Thomas Herzog	**Postbank Berlin**

Internationale Delegation besucht politischen Prozeß in der Türkei

Erneut besuchte am 25.9.95 eine 30-köpfige internationale Delegation mit RechtsanwältInnen und JournalistInnen aus Italien, BRD, Niederlande, Belgien, Frankreich und England vor dem Strafgericht in Istanbul-Kadiköy den Prozeß gegen 19 türkische Polizeibeamte der Antiterrorabteilung, die des Mordes an drei Mitglieder der Devrimci Sol (Revolutionäre Linke), heute bekannt unter dem Namen DHKP-C (Devrimci Halk Kurtulus Partisi- Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) angeklagt sind. Der Hintergrung : Am 16.April 1992 waren in verschiedenen Stadtteilen Istanbuls vier Wohnungen von Sondereinheiten der Polizei umzingelt, gestürmt und insgesamt 11 Mitglieder der Dev-Sol erschossen worden. In einer der Wohnungen befanden sich Sabahat Karatas, Eda Yüksel und Taskin Usta, die - nachdem sie sich in Erwartung einer extralegalen Hinrichtung bewaffnet verteidigt hatten - kurz nach der Sprengung ihrer Wohnungstür mit einer Cortex-Bombe um 6.45 Uhr am nächsten Morgen (17.4.92) ebenfalls erschossen worden.
Bei der Obduktion der Ermordeten wurden im Körper von Eda Yüksel 58 Kugeln, im Körper von Taskin Usta 45 Kugeln und im Körper von Sabahat Karatas 40 Kugeln vorgefunden. In der Hand von Karatas wurden Einschüsse in Form eines türkischen Halbmonds festgestellt.
Die Eröffnung des Prozeßes am 15.Juni 1995 war erst unter starkem öffentlichen Druck drei Jahre später zustande gekommen. Obwohl 1992 insgesamt 11 Mitglieder der marxistisch-leninistischen Organisation erschossen wurden, ist in nur drei Fällen die Anklage auf Mord gegen die Polizisten zugelassen worden. Unter den angeklagten Polizeibeamten befinden sich auch Resat Altay, der Direktor der Antiterrorabteilung und Ibrahim Sahin, der Leiter der Sondereinheiten der Polizei. Trotz ordnungsgemäßer Vorladung aller Angeklagten waren während der ersten beiden Verhandlungstage nur sechs von ihnen erschienen, ohne das das Gericht Maßnahmen gegen die Abwesenden getroffen hätte. In jedem anderen Fall wegen Mordvorwurf würde in der Türkei spätestens am 2.Verhandlungstag Haftbefehl gegen die Angeklagten erlassen werden.
Statt dessen wurden bereits am ersten Verhandlungstag über 150 Personen in der Nähe des Gerichtsgebäudes festgenommem sowie die Öffentlichkeit von der Prozeßbeobachtung ausgeschlossen. Lediglich Angehörige der internationalen AnwältInnen-Delgation durften sich zeitweise in dem nur für zehn Personen Sitplätze aufweisenden Gerichtssaal aufhalten. Zudem werden die Anwälte der nebenklage von der Polizei der Unterstützung der Ziele der Getöteten bezichtigt und damit selbst als Straftäter verfolgt. So wurde beispielsweise nur eine Woche nach dem ersten Verhandlungstag am 20.6. einer der Nebenklagevertreter, der Rechtsanwalt Ahmet D. Yüksel in Istanbul verhaftet und sechs Tage gefoltert. Vertreter der Nebenklage bezeichnen diesen Prozeß als Scheinprozeß und rechnen angesichts dieser Situation mit einem Freispruch für die Polizisten. Obwohl die Staatsanwaltschaft drei Jahre lang ermittelt hatte, lagen bei der Verhandlung nur die Autopsie-Befunde der drei Ermordeten und die Aussagen der Angeklagten vor. Die Spurensicherung vor Ort war unzureichend, wichtige Beweismittel, wie etwa Kleidungsstücke, sind spurlos verschwunden. In einer am Mittwoch, den 27.9.95 veröffentlichten Presseerklärung für die deutschen TeilnehmerInnen der internationalen Delagation erklären die Rechtsanwälte Andreas Stage (Köln), Michael Fröhling (Berlin) und Cristoph Ernesti (Paderborn) u.a. wie folgt: ***„ Wir haben den Eindruck gewonnen, daß das Gericht an einer Sachaufklärung und damit an einer Ahndung der Tat nicht interessiert ist, da es zur Sachaufklärung dienende Fragen nicht stellt und entsprechende Fragen der Nebenklagevertreter nicht zuläßt. Auch die Staatsanwaltschaft hat durch ihr bisheriges Verhalten in der Gerichtsverhandlung ihre Aufgabe, für eine Aufklärung des Sachverhalts und zügige Durchführung des Verfahrens zu sorgen, nicht erfüllt“.*** Abschließend fordern sie, ***„den Prozeß der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die Nebenklage bei der Wahrung der Rechte der Opfer und ihrer Angehöriger nicht zu behindern“.***
Der Tod der Dev-Sol-Mitglieder und sein rechtliches Nachspiel sind keien Einzelfälle : Bereits am 11.September wurden neun Polizisten, die am 12.Juli 1991 bei einer Operation gegen die Devrimci Sol mehrere Menschen getötet hatten, in Istanbul freigesprochen, Während in den letzten Jahren Hunderte Militante aus linken Organisationen außergerichtlich hingerichtet wurden, ist es in keinem einzigen Fall zu einer Verurteilung der verantwortlichen Polizisten gekommen.

Aus einem Interview mit Rechtsanwälten des Rechtsbüros des Volkes (Halkin Hukuk Bürosu) am 26.9.95 in Istanbul.

Was sind die Rechtsbüros des Volkes und wen vertretet ihr ???
Zeki : Das Rechtsbüro des Volkes wurde 1989 unter Mitarbeit von drei Anwälten gegründet. Ziel war es, die demokratischen, revolutionären AnwältInnen unter einem Dach zu vereinen und dem demokratischen Kampf aus rechtlicher Sicht eine Hilfe zu leisten. Darüber hinaus streben wir eine Gesellschaft an , in der keine Unterdrückung und Ausbeutung mehr existieren.
In welcher Art und Weise seid ihr als AnwältInnen der staatlichen Repression ausgesetzt



Die Mörder. 16. Juni 1995.

Behia : Die Regierung möchte natürlich nicht, daß wir eine solche Arbeit machen, sie will uns davon abbringen und abhalten. Sie versuchen wirklich alles, um uns Angst einzuflößen und deshalb bedienen sie sich aller Einrichtungen der Konterguerilla.
So ist zum Beispiel am 28.September 1994, also genau vor einem Jahr Fuat Erdogan, einer unserer AnwältInnen des Rechtsbüros des Volkes aus Istanbul von der Polizei ermordet worden. Es besteht immer die Möglichkeit, daß wir als AnwältInnen, die schon öfter in Polizeihaft saßen und 10 bis 15 Tage gefoltert wurden, fast überall, wo die Polizei uns entdeckt, festgenommen werden können. Wenn ich z.B. jetzt nach dem Interview nach Hause gehe, kann es mir passieren, von der Polizei weggefischt zu werden. So häufig kommt das hier vor (...) Erst vor drei Tagen, am 23.9.95 wurden zwölf AnwältInnen, die bezüglich der Vorfälle in dem Buca-Gefängnis in Izmir, *(wo nach Protesten von politischen Gefangenen, das Militär den Knast stürmte und fünf der Gefangenen tötete und 65 schwer verletzte, Anm. des Autors)*, eine die Regierung kritisierende Erklärung abgegeben hatten, von den Sicherheitsbehörden verhaftet.
Ein anderer Fall ist unser Anwalt Achmed D. Yüksel *(auch Anwalt der Nebenklage in dem Prozeß gegen 19 Polizeibeamte, Anm.)* , der am 22.6.95 verhaftet und dann sechs Tage in Polizeihaft gefoltert wurde. Auch hier wurde ihm ständig von den Polizisten gesagt : " Hör doch endlich auf mit deinem Job, verteidige nicht mehr diese Leute, es ist besser für dich."
Zeki : Nachdem sie uns in der Polizeihaft foltern , eröffnen sie danach absurde Prozeße mit sehr abstrusen Anschuldigungen gegen uns. Zudem laufen gegen uns ca. 20 Prozeße wegen Mitgliedschaft in einer "Organisation".
Mertin : Unsere Wohnungen und Büros werden durchsucht, per Telefon werden wir andauernd bedroht, und bei Gefängnisbesuchen und Gerichtsprozeßen geschlagen und ständig schikaniert.
Überall sind wir Zielscheibe des Staates, auch bei Beerdigungsdemonstrationen, wenn wir versuchen, den Leichnam zu beschützen, verprügelt uns die Polizei.
Alles mögliche , was dir in den Kopf kommen könnte, was dir einfallen würde, probieren sie aus.

Ist es vorstellbar, daß die politisch Verantwortlichen, wie Generalstaatsanwälte, Polizeichefs oder Innenminister nach solchen außergerichtlichen Hinrichtungen zur Rechenschaft gezogen werden und ihren Posten abgeben müssen.??? So sind beispielsweise in der BRD nach der Ermordung von Wolfgang Grams (RAF) und den bei der Festnahme auftretenden Pannen der Bundesanwalt von Stahl und der Innneminister Seehofer zurückgetreten worden.

Zeki :Nein, das ist hier völlig undenkbar. Die Hinrichtungen finden hier selbst vor den Augen des Innenministers und des Ministers für Menschenrechte statt. Der Innenminister wünschte den Anwälten, nachdem die Dev-Sol Mitglieder die Aufforderung, sich zu ergeben nicht angenommen hatten *(bezieht sich auf die Erstürmung und Ermordung vom 16.4.92, Anm.)*, viel Glück und gab kurz darauf den Schießbefehl.
Nachdem der Minister für Menschenrechte eine solche Hinrichtung vor Ort vom 12.April 1995 in Ankara als solche öffentlich benannt und kritisiert hatte, bezeichnete daraufhin der Innenminister jene Aussagen als eine Gefahr für unsere Polizeibeamten, die doch nur dessen Moral untergraben würde. Nachdem ...... seine Kritik dann auch im Ausland öffentlich wiederholt hatte, beschuldigte der Polizeipräsident von Istanbul Mensir......als Unterstützer von Terrorristen

bedrohte und riet ihm, in Zukunft doch besser aufzupassen.........
Während der Verhandlungen der republikanischen Volkspartei (CHP) mit der Partei des rechten Weges (DYP) um die Weiterführung der Regierungskoalition gab es u.a. wegen dieser Geschichte um Mensir mächtig Streit. Sie forderten den Rücktritt des Polizeipräsidenten. Ex-Ministerpräsidentin Ciller bestand jedoch auf Mensir.
Können internationale Delegationen, die in die Türkei reisen, denn überhaupt etwas bewirken ???
Metin : Das einzige Mittel, die Gerichte zwingen zu können, Gerechtigkeit walten zu lassen, besteht darin, Öffentlichkeit zuschaffen, um damit den Druck auf das Justizwesen zu erhöhen. Dabei spielt vor allem das Image der Türkei eine große Rolle.

Schließlich möchte die Türkei in die EG und andere internationale Gremien und Kommissionen aufgenommen werden.
Gerade deshalb ist eine internationale Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung.
In der Vergangenheit haben solche internationale Delegationen auch immer wieder Fälle von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei im Ausland publik gemacht und somit u.a. darauf hingewiesen, daß hier in der Türkei eine unabhängige, demokratische Rechtsprechung nicht existiert. Somit können solche internationale ProzeßbeobachterInnen auch indirekt Einfluß auf die türkische Gerichtbarkeit nehmen.
Wir danken ihnen für dieses Gespräch

Das Interview führte

rechtlos.
festgesetzt.
abgeschoben.

Illegalisierung von Migrant/Innen in Osteuropa

mit: *Bela Edgington* (HOST, Prag): Die Tschechische Republik - eine kleine weiße Festung / *Zoya Kostina:* Flüchtlingshilfe in St. Petersburg / *Taye Kebede, Tsehau Tadesse:* Rassismus und Migrationspolitik gegen Flüchtlinge in Ungarn

Montag, 27.11.1995
Humboldt-Universität Senatssaal
Unter den Linden Berlin-Mitte
18.30 H





SCHRIFTENREIHE DES RIAD  1

RUHRGEBIETS-INTERNATIONALISMUS-ARCHIV DORTMUND (HRSG.)

Die Mentalität des Tangos

Tupamaros, Basisbewegung und internationale Solidarität

In mehreren Texten versuchen wir Fragen nach politischer und sozialer Organisierung am Beispiel der uruguayischen Befreiungsbewegung MLN-Tupamaros und den LandbesetzerInnen von Co.Vi.D.E. in Montevideozu diskutieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist die internationale Solidarität.
Grundlage der Artikel ist das von uns archivierte Material sowie Recherchen vor Ort und zwei Interviews mit Tupamaros, die wir 1993 in Montevideo geführt haben, zwei Artikel von Co.Vi.D.E. über ihre politische Arbeit und ihr Selbstverständnis und zwei Zeitungsartikel über Co.Vi.D.E. aus der uruguayischen Tageszeitung „La Juventud", die wir aus dem spanischen Übersetzt haben. Der Anhang besteht aus einer umfangreichen kommentierten Literaturliste und einem Glossar.
Das RIAD ist ein Archiv, welches ausschließlich von ehrenamtlichen Kräften geführt wird.
Wir werten Artikel diverser deutschsprachiger Tages- Wochen- und Monatszeitungen zu allen Ländern Afrikas, Asiens, Mittel- und Südamerikas und Europa, Japan, Nordamerika aus.
In der Sparte Ruhrgebiet beschäftigen wir uns vor allem mit der Umstrukturierung der Region sowie soziale Auseinandersetzungen in der gesamten BRD.
Weitere Schwerpunkte sind Patriarchat und Rassismus, Flüchtlinge und Migration, Internationaler Währungsfond und Weltbank, Verschuldung, Naher Osten, Türkei und Kurdistan. Mit der Schriftenreihe wollen wir Hintergrundinformationen zu den oben aufgeführten Schwerpunkten liefern.

Erschienen: Oktober 1995
76 Seiten, 8.- DM + Porto
(Buch-, Infoläden, Weiterverk. 30% Rabatt)

Zu bestellen bei:
RIAD
Unnaerstr. 44, Hinterhaus links,
44145 Dortmund,
Tel: 0231-81 53 17
Öffnungszeiten: Mittwochs 16.00 - 19.00 Uhr oder nach Absprache
Bankverbindung: Geschichtswerkstatt e.V. KNr.: 3010375601 BLZ: 441 600 14 Volksbank Dortmund

Kurzer Bericht über eine Veranstaltung zur „radikal" in München

Am 27. Oktober fand in den Räumlichkeiten des Münchner Kunstvereins eine mit knapp 150 BesucherInnen gut besuchte Veranstaltung zur aktuellen Kriminalisierung der „radikal" statt. Der Abend war eingebettet in eine Ausstellung über „kommunikative Räume der 80er Jahre", in der es neben Punk, postmoderner Architektur eben auch um Printmedien wie die „radikal" oder das Münchner „Blatt" ging.

Etwas befremdlich war der Veranstaltungsort - der Kunstverein, im Hofgarten zwischen Staatskanzlei und Innenministerium gelegen - schon, aber dafür war er auch mitten in der Gesellschaft, bzw. deren Machtzentralen gelegen. Und da wir ja raus aus unserem Ghetto wollen, war er nahezu genial. Sicher hätten wir in Berlin auch geschluckt, ob mit „raus aus dem Ghetto" gleich die „Neue Nationalgalerie" gemeint sein muß, aber als Auswärtiger springst du in einer fremden Stadt viel problemloser über solche Fragen hinweg, als in der Stadt, in der du wohnst und in der du in all' die alltäglichen Abgrenzungskonflikte verwickelt bist. Im Vorfeld gab es unter den MünchnerInnen eine Auseinandersetzunmg über den Ort, uns Berliner gegenüber wollte aber niemand mehr diesen Konflikt groß thematisieren.

Ungewohnt für uns waren auch die Sorgen der VeranstalterInnen, daß die Bullen kommen könnten. In München ist es nämlich schon mehrmals vorgekommen, daß bei politisch relevanten Veranstaltungen auf einmal zwei Staatsschützer offen mit Videokaamera vor der Tür standen und Einlaß begehrten. Für den Fall, daß ihnen dies verweigert wird, stehen dann 20 SEKler um die Ecke, um sie reinzuprügeln. Die Veranstaltung ist dann gelaufen ... Diesmal kamen die Bullen jedoch nicht.

Knapp 150 Menschen waren gekommen, so ungefähr die Obergrenze an Menschen, die zur Zeit in München für derartige Veranstaltungen mobilisierbar sind. Zuerst wurde die lange Fassung des Videos der Freiburger Medienwerkstatt zur aktuellen Kriminalisierung der „radikal" gezeigt. Dann berichteten drei Menschen aus Berlin über die aktuellen Ereignisse und den augenblicklichen Stand der Ermittlungen. Am meisten waren die ZuhörerInnen von der neuen Dimension dieses Schlages der BAW beeindruckt, eine Zeitungsredaktion zur „kriminellen Vereinigung" zu erklären und die meisten ahnten, was es bedeuten könnte, falls die BAW mit dieser Konstruktion durchkommt. Aufgelockert wurden die Redebeiträge durch längere Zitate aus Briefen von Werner aus dem Knast, die mit einem kräftigen Schuß Sarkasmus und Zynismus („Ihr fragt, wie es mir geht? Das läßt sich mit einem Wort sagen: dufte!") seinen Umgang mit seiner neuen Situation im Knast beschreibt. Diese Briefe vermitteln eben nicht - wie so oft - Leiden und Ohnmacht, sondern die immerwährende Anstrengung, wie du unter noch so widrigen Umständen versuchen kannst, Spielräume auszuloten und gegen deine Bedingungen im Knast anzuleben.

Obwohl die Berliner auch nicht so richtig wußten, wie sie zum zweiten Teil, einer Diskussion über autonome Kommunikationsstrategien für 1996 überleiten sollten, ergab sich diese fast von alleine. Das gravierendste Problem ist, daß die Kriminalisierung zu einem Zeritpunkt kommt, wo sowohl die Berliner nicht sagen, die „radikal" so wie sie die letzten Jahre war, ist absolut wichtig und muß unbedingt weiterbestehen, noch dies aus dem Publikum kommt. Von dort wurde vor allem die fehlende Auseinandersetzungsmöglichkeiten zwischen LeserInnen und BlattmacherInnen bemängelt, die zwar den Bedingungen geschuldet ist, aber nur auf eine andere Weise die Lebendigkeit einer Zeitung abtötet. Viele haben die „radikal" nur noch als eine strukturelle Möglichkeit bzw. Symbol gesehen, aber sie hatte eben keinen publizistischen Wert mehr für ihren Alltag. Dagegen wurde gesagt, daß wir immer gut darin sind, unsere eigenen Medien schlecht zu reden, die in ihnen liegenden strukturellen Möglichjkeiten gleichzeitig aber nicht nutzen (z.B. die Infoblätter in den großen Städten sind eben nur so gut, wie sie auch benutzt werden). Und hinterher - wenn sie dann doch real weg sind - ist der Katzenjammer groß (als Beispiel wurde Radio 100 in Berlin genannt). Uns würden nicht so sehr die kommunikativen Räume fehlen, sondern die Ideen, wie wir sie füllen. Bezogen auf die „radikal" bedeutet dies, daß viele sehr wohl bereit sind, die Zeitung in Frage zu stellen; so bleibt nur noch die Solidarität mit den gefangenen Menschen. Gleichzeitig entsteht aber auch nur so der Raum, über neue Ideen zu reden. Was für ein Medium wünschen wir uns? Was für eins brauchen wir? Was würden wir wirklich lesen bzw. bei was zuhören? Oder wollen wir einfach nur in Ruhe gelassen werden von unserer „Vergangenheit"?

Es wäre vermessen, auf einer Veranstaltung wie dieser auch nur ansatzweise Antworten zu erwarten, aber die richtigen Fragen wurden gestellt. Und Antworten auf diese Fragen zu finden wird in den kommenden Monaten eine der anstehenden Aufgaben für sich dem autonomen Widerstand verbunden fühlende Menschen sein.

aus München berichtete:
Xaver Unsinn

Buchankündigung

20 Jahre radikal
- Geschichte und Perspektiven autonomer Medien -

1976 erscheint die erste **radikal** - *sozialistische zeitung für westberlin*. 1980 wird sie zur **radikal** - *zeitung für unkontrollierte bewegungen*. Seit 1982 wird sie massiv verfolgt und ein legales Erscheinen verhindert. Der Grund dafür ist, daß die **radikal** Texte von illegalen Gruppen und Erklärungen zu militanten Aktionen unzensiert abdruckt.

1983 wurden angebliche Herausgeber vor Gericht gestellt, 1986 zahlreiche Buchläden und Vertreiber angeklagt und verurteilt, seit Sommer 1995 sind mehrere Menschen verhaftet oder werden gesucht, die der Herstellung der **radikal** beschuldigt werden.

Im Buch werden die verschiedenen Phasen und Brüche in der Geschichte der **radikal** geschildert, dokumentiert und „historisch-kritisch" kommentiert (selbstverständlich mit einer Chronik). Die Rolle von Frauen wird eigenständig thematisiert.

Ausgewählte Artikel aus 20 Jahren - die ihre Bedeutung bis heute nicht verloren haben - werden im Faksimile wiedergegeben. Ein Plakat mit verschiedenen **radikal**-Titelblättern liegt bei (nicht zuletzt, um dem Klischee der „linken Häßlichkeit" den Boden zu entziehen...).

20 Jahre **radikal** nimmt das Buch zum Anlaß, einige Fragen in Bezug auf die Geschichte und Perspektiven autonomer (?) Medien zu stellen. Verschiedene Beiträge befassen sich mit dem gegenwärtigen Stand und Zustand der autonomen (?) Zeitungslandschaft, drohender Zensur, Knast und Exil, Problemen und Chancen offener und verdeckter Erscheinungsweise, sowie Ästhetik und Sprache.

In einem Ausblick soll versucht werden, Wunschvorstellungen und Realisierbarkeit künftiger autonomer (?) Medien und Kommunikation(stechniken) darzustellen.

Etwa zeitgleich entstandene Pläne zu einer solchen oder ähnlichen Veröffentlichung haben sich in diesem Buch zusammengefunden, welches nunmehr von mehreren Verlagen in einer Gemeinschaftsausgabe veröffentlicht wird.

Eine Vielzahl von MitherausgeberInnen ist sowohl ein Ausdruck der Solidarität, als auch des breiten Interesses an der Diskussion um das Projekt **radikal**.

Das Buch wird im Frühjahr 1996 erscheinen.
Ca. 180 Seiten A 4, ca. 29 DM, mit einem vierfarbigen Plakat im A 1 Format.

Unrast Verlag; Verlag Libertäre Assoziation; Verlag der Buchläden Schwarze Risse und Rote Straße ; Edition ID-Archiv

Vorläufige Adresse für Anfragen und Vorbestellungen:
Redaktionsgruppe c/o Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin (Fax: 030 / 691 94 63)

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION AM 16.12.95 IN HAMBURG

Radikal ins nächste Jahrtausend

TROTZ REPRESSION DEN EIGENEN WIDERSTAND ENTWICKELN

Am 13.06. kam es auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) bundesweit zu über 50 Durchsuchungen von Privatwohnungen, Arbeitsplätzen und Arbeitsräumen verschiedener linker Einzelpersonen, Gruppen und Projekte.

Begründet wurde diese Aktion mit Vorwürfen aufgrund Ermittlungsverfahren gemäß §§129, 129a, auf Mitgliedschaft oder Unterstützung von AIZ, K.O.M.I.T.E.E., RAF und der Zeitschrift Radikal. Vier Männer wurden im Zuge der Durchsuchungen inhaftiert und sitzen seitdem im U-Haft. Ihnen wird eine Beteiligung an der seit Jahren verdeckt hergestellten Zeitschrift Radikal vorgeworfen.

Im Zuge der Ermittlungen wurde ein Mann aus Bremen für fünf Monate in Beugehaft genommen, weil er sich geweigert hat, Zeugenaussagen zu machen. Außerdem sind 7 Leute untergetaucht, um sich drohenden Haftbefehlen zu entziehen.

Die Männer, die während den Durchsuchungen festgenommen worden sind, sitzen am 13. 12. 1995 bereits seit genau sechs Monaten in U-Haft und haben somit einen Anspruch auf einen erneuten Haftprüfungstermin. Mit dieser Demo zu diesem Zeitpunkt wollen wir der Forderung nach Freilassung der inhaftierten Freunde und Genossen massiv Nachdruck verleihen.

Wir ordnen den 13.06. in eine Reihe von anderen Repressionsmaßnahmen der letzten Zeit gegen organisierte linksradikale Strukturen ein. Aktuelle Beispiele dafür sind die Durchsuchungen in Weimar nach einer anti-faschistischen Aktion gegen die Junge Freiheit, die §129-Repression gegen die Antifa M in Göttingen oder auch das PKK-Verbot, das zu unzähligen Verfahren, mehreren hundert Gefangenen und dem Auslieferungsbegehren gegen Kani Yilmaz geführt hat. Ferner die Beugehaftandrohungen in Frankfurt im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Weiterstatt (Knastsprengung durch die RAF), eine Frau mußte sich in diesem Zusammenhang der quasi durch Presse angekündigten Verhaftung entziehen. Auch gegen AtomkraftgegnerInnen in Kassel fanden Durchsuchungen im Rahmen von 129a-Verfahren statt.

Mitte Dezember sitzen Andreas, Rainer, Ralf und Werner seit sechs Monaten im Knast, weil sie an der Herstellung der Zeitung RADIKAL beteiligt gewesen sein sollen. Wir finden es wichtig, zu diesem Termin eine kraftvolle, möglichst große Demonstration zu machen, um Druck auf den Haftprüfungstermin auszuüben. Wir wollen aber auch die Themen auf die Straße bringen, über die von uns in der RADIKAL diskutiert und gestritten wurde. Die Zeitung ist ein Forum für Diskussionen der unterschiedlichsten Widerstandsbewegungen und Inhalte: Feminismus, Internationalismus, Anti-Faschismus, Stadtteilkämpfe, Anti-AKW, Sozialrevolutionäre, Kriegsdienstverweigerer... Wir wollen zeigen, daß wir uns diese Diskussionen nicht verbieten lassen.



Die Verfahren finden in einer gesellschaftlichen Situation statt, in der die BRD erstmals seit der Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 als kriegsführende Macht agiert.

Hierzu schreibt die RADIKAL in ihrer neuesten Ausgabe:
„Fünf Jahre nach der Einheit dürfen deutsche PolitikerInnen wieder von Zielen träumen, mit denen sie nach dem Scheitern des „Generalplan Ost" fünfzig Jahre Lang hinterm Zaun halten mußten. „Der Griff nach der Weltmacht", wie er sich schon hinter den geopolitischen Vorstellungen des wilhelminischen Kaiserreichs verborgen hat, steht wieder auf der Tagesordnung (...)
Im Juli 94 beschloß das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnissgebietes zu billigen, drei Tage später wurden durch das Kabinett im Bundestag erweiterte Möglichkeiten für einen Adria-Einsatz deutscher Marinesoldaten durchgestzt, im Dezember stimmten Regierung und SPD in einer „außenpolitischen Notgemeinschaft" einem Kampfbombereinsatz grundsätzlich zu...Am 1.September von der linksradikalen Szene beinahe ungeachtet, beschließt die Bundesregierung den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr, ehemalige linksradikale StraßenkämpferInnen, zwischendurch PazifistInnen, konvertieren zur handfesten MilitaristInnen. Deutsche Tornados fliegen über Bosnien Herzegowina, um den Einfluß in den 1945 verlorengegangenen Ostgebieten zu sichern." (RADIKAL Nr.153, November 95)
Die Übernahme einer aktiven Rolle im Kurdistan-Krieg durch Waffenexporte, Militärausbildungen und das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen ist eine andere Station dieses Durchmarsches der BRD zur Großmacht.

Auch und gerade jetzt versucht der BRD Staat ideologisch und materiell die Geschichte und historische Perspektive von linksradikalem Widerstand zu kappen.
Dazu gehört der Angriff auf seit Jahrzehnten erkämpfte gewerkschaftliche Rechte sowie das forcieren der Massenarbeitslosigkeit als Mittel um Arbeits- und Produktionsbedingungen auf Kosten der ArbeiterInnen neuzuorganisieren.

Ebenso werden Frauen und Lesben mit einem gesellschaftlichen Backlash konfrontiert, der erkämpfte feministische Errungenschaften zurückdrängt. Dies zeigt sich unter anderem daran, daß sexistische Ausbeutung und Unterdrückung in den Medien zunehmend verherrlicht und aggressiv vorangetrieben werden, sowie an der zeitgleichen Streichung von Geldern für Selbsthilfeprojekte, wie Notrufstellen, Frauenhäuser und -zentren.

Weiterhin wird die BRD-Realität geprägt von massiver Gewalt und Angriffen gegen Behinderte, Frauen, Lesben und Schwule. Durch die Eugenik-Konvention der Europäischen Union wird 50 Jahre nach der tödlichen Euthanasiepraxis des Nationalsozialismus jetzt wieder zwischen »wertem und unwertem Leben« unterschieden.
Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts wird es Flüchtlingen quasi unmöglich gemacht, in die BRD einzureisen, diejenigen, die es dennoch schaffen, werden zumeist wieder brutal abgeschoben oder gezwungen, in die Illegalität abzutauchen. Flüchtlinge und andere AusländerInnen sind in der BRD mit einem rassistschen Klima konfrontiert, daß nicht selten in Pogromen und täglich in Angriffen gegen ihr Leben seinen Ausdruck findet.
Immer stärker kontrollieren die reaktionären Ideologen und Geschichtsrevisionisten das gesellschaftliche Bewußtsein. Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa propagieren sie das „Ende der Geschichte" – die Durchsetzung von Kapitalismus und Patriarchat als endgültige Weltordnung.

Der Staatsschutzangriff vom 13.06. richtet sich gegen autonome, feministische und anti-imperialistische Gruppen, die für - auch militante- Organisierung in einer revolutionären Perspektive stehen. Die Situation in der Linken ist angesichts dieser Lage geprägt vom Rückzug ins Private, vom weitgehenden Verzicht auf die revolutionäre Perspektive. Trotzdem gibt es überall Gruppen und Projekte, die versuchen, diesem Zerfallsprozeß etwas entgegenzusetzen und mit ihren Mitteln Widerstand zu leisten. Solange es dieses imperialistisch-patriarchale System gibt, gibt es die Notwendigkeit und den Wunsch auf Umwälzung aller herrschenden Verhältnisse und die Erkämpfung einer befreiten Gesellschaft.

Es geht jetzt darum den Angriff zusammen zurück zu schlagen und nach vorne zu blicken.
Wir wollen mit dieser Demo gemeinsam unsere Vielfalt von Widerstand auf die Straße tragen. Dies muß massiv aus aus all den Spektren des linksradikalen Widerstandes unterstützt und durchgeführt werden. Deshalb ist wichtig, daß viele Strukturen/Gruppen die Demo mit eigenen Aufrufen und einer eigenen Mobilisierung mitgestalten. Auf der Demo soll Platz für die Darstellung der eigenen Kämpfe und Ansätze sein. Wir wollen nicht nur gegen die Repression demonstrieren, sondern unsere Theorie und Praxis, die auch mit den Verfahren kriminalisiert werden soll, auf die Straße tragen.

Wir fordern:

Freilassung der Radikal-Gefangenen und aller anderen politischen Gefangenen!
Aufhebung der Haftbefehle und Einstellung aller Verfahren!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!
Weg mit 129, 129a!
Keine Aussagen bei Bullen, Staatsanwälten und Richtern!
Weg mit der Beugehaft!
Wir grüßen die Gesuchten!

16.12.95 · 12.30 Uhr · Hamburg · Moorweide
(S-Bahn Dammtor)

Berlinweites Vorbereitungstreffen: Fr. 1.12. 19 Uhr
Versammlungsraum im Mehringhof!

V.i.S.d.P.: F. Schmitt, Herrenstraße 45, 7561 Karlruhe

CASTOR und FRM II:

Den Atomstaat zerschlagen!

Nach der gewaltsamen Durchsetzung des Transports mit hochradioaktiven Atommüll Ende April diesen Jahres von Phillipsburg in einem sogenannten Castor-Behälter (*Cask of Storage and Transport of Radioaktive Material*) in das niedersächsische Gorleben steht als Fortsetzung dessen ein solcher Transport aus dem schwäbischen Atomkraftwerk Gundremmingen in das „Zwischenlager" Gorleben an.

Das Comeback der Atomindustrie

Die Atomindustrie versucht mit tatkräftiger Unterstützung der (Bundes-) Regierung ein internationales Comeback. Das „Zwischenlager" Gorleben ist nur ein Teil davon. 1989 erreichte die Atomindustrie die Talsohle, denn weltweit wurden „nur" drei neue Atomkraftwerke (AKW) in Betrieb genommen. 1990 waren es jedoch schon 11, und weitere 97 sind im Bau. Japan plant zusätzlich 40 AKWs. Südkorea 18, in den USA sind derzeit 5 AKWs im Bau, 3 weitere in Planung. In der BRD sollen bis zum Jahre 2005 weitere 8 AKW-Blöcke mit je 1300 Megawatt entstehen. Stoiber (CSU) und Schröder (SPD) einigten sich sogar schon darauf: Gorleben wird Langzeit-Zwischenlager und in Bayern wird bis 1997 ein geeigneter Standort für ein neues AKW gesucht. Favorit ist Bamberg.

Endlagerung - die Scheinlösung des Atommüllproblems

Atommüll entsteht automatisch beim Betrieb eines AKWs. Er ist nur eine der Gefahren, der Menschen, Tiere und Umwelt ausgesetzt werden, nur um Profite der Atomindustrie zu sichern. 420 *Castor*-Behälter sollen im Zwischenlager Gorleben aufgestellt werden, jeder von ihnen enthält das radioaktive Potential von 40 Hiroshima-Bomben. Doch niemand weiß, wie lange die Behälter unter der großen Hitze (Zerfallswärme des Atommülls) und der radioaktiven Dauerbestrahlung dichthalten werden. Die *Castor*-Halle ist nach oben offen - zur Kühlung der heißen Behälter. Die Luft und die nach dem ersten Transport nachgewiesene, für den Menschen unverträgliche Neutronenstrahlung werden dabei ungefiltert an die Umgebung abgegeben.

Doch durch so ein „Zwischenlager", in dem die Behälter über 100 Jahre bleiben dürfen, wird das Atommüll-Problem keineswegs gelöst, sondern nur versteckt. Denn es gibt keine sichere Entsorgung von Atommüll! Es gibt nur die Lösung eines schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Kernenergie, um die Schäden der jetzigen und vergangenen Atompolitik begrenzen zu können.

CASTOR - warum gerade jetzt?!

Auch der zweite *Castor*-Transport nach Gorleben ist wiederum als Teil einer internationalen Offensive der Atomwirtschaft zu sehen. Demnach haben *Castor*-Transporte ausschließlich das politische Ziel, das Zwischenlager, welches aufgrund des Drucks der Gorlebener Bevölkerung bis April 95 leerstand, endlich zu füllen. Der Widerstand der betroffenen BürgerInnen, der sich schon seit über einem Jahrzehnt formiert hat, soll nun polizeilich-militärisch über die gewaltsame Durchsetzung weiterer Transporte gebrochen werden: Im April „sicherte" ein Riesen-Aufgebot von Bundesgrenzschutz, die Bad Kleinen erprobte GSG 9 und weitere Sondereinsatzkommandos der Polizei den Transport gegen den Zorn der Bevölkerung. Die Brutalität des Einsatzes mit kontinuierlichem Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz ohne Rücksicht auf jegliche gesundheitliche Verluste bei den DemonstrantInnen zeigte, daß der erste Transport als Auftakt mit allen möglichen Mitteln von statten gehen mußte - vor allem, um der Bevölkerung zu zeigen, daß dem Staat und der Polizei deren Protest egal ist. Jedoch wurde dieser Polizeieinsatz der teuerste der deutschen Geschichte. Technische Notwendigkeit besteht auch für den 2. *Castor*-Transport aus Gundremmingen nicht, denn im größten deutschen Atomkraftwerk sind noch, wie in allen anderen AKWs auch, genug Lagerkapazitäten vorhanden. Somit wird auch der zweite *Castor*-Transport zu einem purem Politikum mit polizeistaatlichem Schlagstockeinsatz.

Atomtod - auch ab Garching frei Haus

In der gleichen Linie wie der anstehende *Castor*-Transport müssen nun die Bestrebungen von bayerischer Staatsregierung, Siemens/KWU (Kraftwerksunion) und der TU München gesehen werden, einen neuen Forschungsreaktor (FRM II) nach Garching vor die Tore Münchens zu stellen. Das alte Garchinger „Atomei", 1957 erbaut, wird bald stillgelegt, und deshalb „muß" rechtzeitig Ersatz her. Die neue Anlage dient den WissenschaftlerInnen als „Neutronenquelle" und der Atomindustrie zur „Grundlagenforschung".

Gefahr durch Niedrigstrahlung

Doch der verhältnismäßig kleine, von den Betreibern und der bayerischen Staatsregierung zärtlich als „Neutronenquelle" titulierte Reaktor ist allerdings genauso gefährlich wie alle anderen Atomanlagen auch. Neben der Gefahr von Unfällen entweicht auch im „Normalbetrieb" Radioaktivität, besonders Kinder werden von dieser Niedrigstrahlung angegriffen. So wurde in der Nähe von US-Forschungsreaktoren eine höhere Säuglingssterblichkeit und andere Erkrankungen festgestellt. Im Gegensatz zur offensichtlichen Lüge der ProjektbetreiberInnen vom „störfallfreien Betrieb" ihres alten Atomeis sind dort bis 1990 ungeplant und unge-

nehmigt radioaktive Abwässer ins Erdreich ausgetreten. Jahrelang wurde die Umgebung mit Tritium verseucht. Ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Strahlenschutz registrierte in den 80er Jahren eine erhöhte Leukämierate bei den Kindern rund um das Atomei Garching. Und auch beim FRM II ist die Entsorgung nicht gesichert, denn auch sein Müll gesellt sich zu Unmengen von anderem Atommüll.

Besondere Einbauten im FRM II

Im Gegesatz zum alten Atomei kann der Kern des FRM II beim Ausfall der Kühlung schmelzen. Der neue Reaktor wäre somit sicherheitstechnisch ein Rückschritt. Der Kern eines kommerziellen Reaktors ist im Gegensatz zum FRM II „relativ gut" isoliert und abgeschottet. 12 „Strahlrohre" sollen jedoch beim FRM II den Reaktorkern direkt anzapfen, um die erwünschten Neutronen nach außen zu leiten. Außerdem soll neben dem Kern ein explosionsgefährdeter Behälter mit flüssigem Wasserstoff und ein 2500° Celsius heißer Graphitblock installiert werden (in Tschernobyl 1986 war ein Graphitbrand die Ursache für den Super-GAU).

Der Stoff, aus dem die Bomben sind

Der neue FRM II wäre ebenso der einzige Reaktor in der BRD, der mit hochangereichertem, atomwaffenfähigem Uran-235 betrieben wird! Die TU München und Siemens/KWU unterlaufen damit alle internationalen Anstrengungen, die Verbreitung von bombenfähigem Material zu verhindern. Nach dem Scheitern der Projekte WAA Wackersdorf und Schneller Brüter Kalkar würde die BRD damit über eine Atomanlage verfügen die mit militärisch nutzbarem Uran arbeitet.

In Gundremmingen, Garching und Gorleben und anderswo werden mit dem Machtstreben der Atomindustrie, eine internationale Vorreiterrolle spielen und Profite sichern zu können, die Interessen der gefährdeten Bevölkerung schlicht ignoriert.

Somit entlarvt sich gerade bei der Atompolitik ein System, dem die besagten Interessen der Bevölkerung und die Natur und Umwelt vollkommen egal sind, wenn es allein um den Profit und die Macht einiger Handvoll Wirtschaftsbosse und PolitikerInnen geht.

- Nicht falsche Atomprogramme sind der Fehler in diesem System, sondern das System ist der Fehler!

Aufruhr - Widerstand

Akut gilt es nun, den *Castor*-Transport vom AKW Gundremmingen (ca. 3 Kilometer entfernt vom Bahnhof Offingen, zwischen Augsburg und Ulm) nach Gorleben zu verhindern. Die Staatsmacht Polizei wird zwar genauso wie beim ersten (und letzten!) Transport alles dafür tun, unseren Widerstand gegen *Castor* und Co zu behindern und zu brechen. - Aber unsere Solidarität, die Sorge um Menschen, Tiere und die Natur läßt sich nicht mit der GSG 9, SEKs, tausenden von Polizisten und deren Schlagstöcken bekämpfen lassen. Zeigt Euer Mißfallen mit der Atompolitik und der Skrupellosigkeit der Industriellen und PolitikerInnen, macht den Protest sichtbar. Zeigt Euren Widerstand offensiv! Sowohl bei Euch vor Ort oder an der Bahnstrecke - es gibt viele legitime Aktionsformen dafür!

es gibt kein ruhiges Hinterland!

Um den HERRschenden zu zeigen, was wir von ihren Plänen halten, findet am Samstag, den 18.11.1995, um 14 Uhr in Garching (Maibaumplatz) eine

DEMONSTRATION gegen den FRM II

der bundesweiten Anti-AKW-Herbstkonferenz statt.

Kontakt für die Anti-AKW-Herbskonferenz vom 17. bis zum 19.11. in München: Tel. 089-3087931

Kommt massenweise - denn: Widerstand ist machbar!!

KEIN CASTOR-TRANSPORT NACH GORLEBEN KEIN AKW IN GARCHING ODER ANDERSWO AUSSTIEG AUS DER ATOMKRAFT - J E T Z T !

Autonome Zelle „Erich Mühsam" c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 81667 München

V.i.S.d.P.: M. Leroux, 68 Rue de Victoire, 59359 Sophia-Antipolis, France

gesundheitliche schäden durch niedrigstrahlung im normalbetrieb

eine von dem damaligen umweltminister töpfer (cdu) und der atomindustrie in auftrag gegebene studie,ausgeführt von der arbeitsgruppe michelis am institut mainz, die den zusammenhang zwischen kernkraftwerken und den im umkreis auftretenden krebsfällen untersuchen sollte,kam zu dem ergebnis,daß im umkreis von 5 km ein 3mal höheres risiko besteht,an leukemie zu erkranken als im durchschnitt (bei älteren anlagen sogar ein 7mal höheres risiko).
information: prof. edmund lengfelder vom otto-hug strahleninstitut während einer veranstaltung in der seidlvilla in münchen am 2.2.95
"goedecke bezog sich in einem bericht über den schleswigholsteinischen forschungsreaktor gkss,der möglicherweise für die häufungen von blutkrebserkrankungen bei kindern in den angrenzenden gemeinden verantwortlich ist.politiker und fachleute stehen der dort wachsenden anzahl von erkrankungen in der umgebung des reaktors machtlos gegenüber.(...) familien mit kleinen kindern versuchen die betroffene region mittlerweile zu verlassen.häuser und grundstücke sind unverkäuflich."(sz vom 29.1.92)
in der umgebung der 4 atomkraftwerke brunsbüttel,brokdorf,stade und krümel und dem atomforschungsreaktor geesthacht am ufer der elbe wurden überdurchschnittlich viele leukemiefälle bei kindern festgestellt.in der elbmarsch erkrankten kinder 85mal häufiger an leukemie als andernorts.auch in der umgebung von brokdorf starben vermehrt kinder an blutkrebs (information aus: stern, nr.48,19.11.92).
"1987 wurde eine studie veröffentlicht,die vom institut für strahlenhygiene in neuherberg im auftrag des bayrischen umweltministeriums durchgeführt wurde. dabei ergab sich nur im umkreis des atomeis garching und des reaktors in neuherberg (letzterer ist mittlerweile stillgelegt) ein statistisch erhöhter wert der leukemieerkrankungen bei buben im alter bis zu 14 jahren.im umkreis von 5 km um garching war diese zahl 7,8mal so hoch wie statistisch zu erwarten."(aus den einwenden gegen den frm II der bürger gegen den atomreator garching e.v.,s.7)
durch die oben aufgezählten fakten kristallisiert sich immer mehr heraus,das die im normalbetrieb durch kernreaktoren abgegebene niedriegstrahlung für die in der umgebung ansässige bevölkerung,insbesondere für schwangere frauen und kinder,eine lebensgefährliche und tödliche bedrohung darstellt.die argumentation der kernkraftbetreiber,der zusammenhang zwischen radioaktiver niedriegstrahlung und erhöhter leukemierate müsse erst 100% bewiesen werden halten wir für eine unverschämte und verbrecherische hinhaltetaktik.vielmehr sollte das umgekehrte prinzip gelten: solange ein zusammenhang nicht völlig ausgeschlossen werden kann sollen alle atomanlagen sofort abgeschaltet werden!

zum vorwurf wer den frm II ablehnt sei technologie- und fortschrittsfeindlich

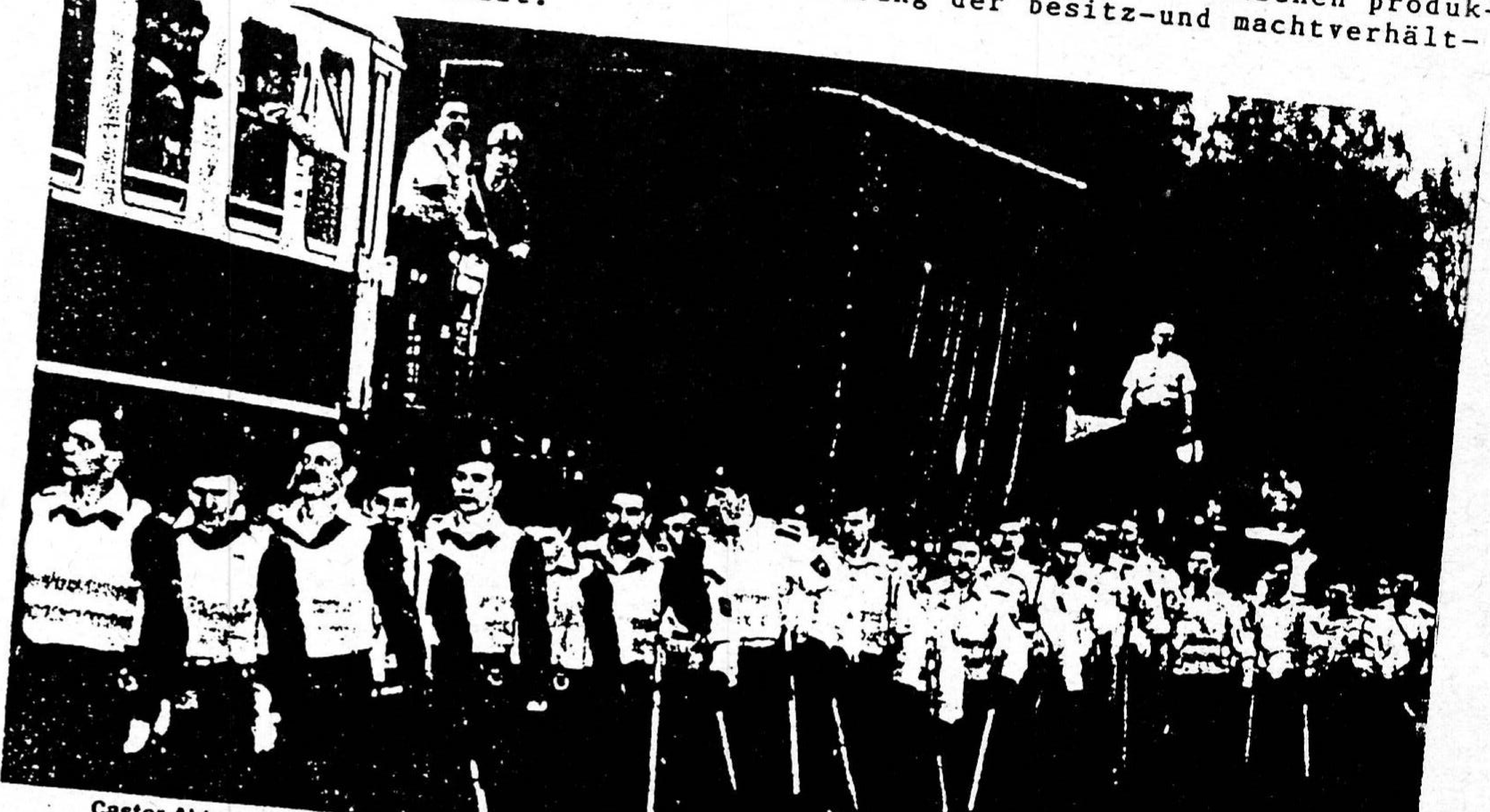
der frm II dient vor allem der material- und grundlagenforschung und soll den high-tech standort bayern sichern.schaut man sich die rolle der technologie und der maschinen im kapitalistischen system einmal genauer an,ist festzustellen,daß sie hauptsächlich zur produktivitätssteigerung und zu rationalisierungsmaßnahmen,also arbeitsplatzabbau,benutzt werden.mit verbesserter technik und verbesserten maschinen und weniger arbeiterInnen mehr produzieren, das ist die logik des kapitals!sollte der frm II gebaut werden,wird genau das gegenteil von dem passieren,was uns die erbauer auf ihren plakaten versprechen: arbeitsplatzabbau statt arbeitsplatzsicherung!
in der kapitalistischen produktionsweise ist die technik nichts neutrales, sondern wird von der herrschenden klasse als waffe gegen die arbeitenden schichten des volkes eingesetzt: statt einer gerechten verteilung der arbeit, arbeitsplatzabbau und arbeitslosigkeit;statt die arbeit angenehmer zu gestalten mehr arbeitshetze und streß (z.b. die einführung des fließbandes);statt daß durch verbesserte technik und maschinen der arbeiter mehr freizeit und mehr möglichkeiten hat,sich selbst zu verwirklichen wird er zum funktionierenden anhängsel einer riesigen maschinerie reduziert;statt sich in der arbeit schöpferisch und sinnvoll zu betätigen wird seine arbeit immer sinnentleerter und entfremdeter (z.b. fließband oder überspezialisierung)!

"forschen mit neutronen schafft wissen und fortschritt."(aus einem flugblatt der projektbefürworter/november 93).anscheinend hängen siemens-manager und csu-politiker immer noch dem überholten glauben an,die großen sozialen und ökologischen probleme unserer zeit,wie z.b. arbeitslosigkeit,das elend in der sogenannten 3.welt,der treibhauseffekt usw...,seien mit genügend tenchnischer innovation und wirtschadftswachstum zu lösen.

perspektiven des widerstands

die erfahrungen der vergangenen kämpfe gegen die atomindustrie,ihrer politischen marionetten (cdu/csu und spd) sowie ihrer exekutiven gewalten (Polizei, justiz) haben zweierlei gezeigt:
erstens,daß es mit ein paar flugblättern und demonstrationen nichts zu gewinnen gibt,sondern sich vielmehr ein langer und zäher widerstand mit vielen aktionsformen entwickeln muss,um etwas zu erreichen (siehe gorleben und die verhinderte waa),und zweitens sich die interessenskonflikte,auf der einen seite das profitstreben des kapitals (siemens) auf der anderen seite die umwelt und die sozialen bedürfnisse der menschen,nicht durch einen friedlichen dialog beilegen lassen,sondern nur im langandauernden kampf gegen das kapital und seine helfershelfer.
von daher halten wir es für falsch,im rahmen des kampfes gegen die französischen atombombentests,z.b. französische weinbauern zu boykottieren.vielmehr sollte der kampf gegen die französische atomlobby,der von der mehrheit des französischen volkes bejaht wird,zusammen mit den französischen bauern,arbeiterInnen,schülerInnen,arbeitslosen usw... geführt werden.der boykott von waren einer nation schürt nur nationalismus und chauvinismus und spaltet den internationalen widerstand.

wir sind der meinung,daß die lösung dieser probleme vor allem eine frage der verteilung des vorhandenen und eine frage der besitz- und machtverhältnisse ist und kämpfen daher für die überwindung der kapitalistischen produktionsverhältnisse und die radikale veränderung der besitz-und machtverhältnisse in der gesellschaft.



Castor-Abtransport aus Philippsburg*: Brennende Straßenblockaden, gesperrte Bahngleise

DER ATOMMAFIA DAS HANDWERK LEGEN

die französischen atomtests!atomtransporte nach gorleben!der geplante neue
forschungsreaktor frm II in garching!
die durch den widerstand der bevölkerung der jeweiligen regionen in den 80er
jahren in die defensive gekommene internationale atomindustrie,versucht mit
aller gewalt,mensch erinnere sich an den brutalen polizeieinsatz in und rund
um gorleben im mai 95,der der teuerste in der geschichte der brd war,wieder
in die offensive zu gelangen.
ganz vorne dabei der multinationale atom-,waffen- und high-tech-konzern siem-
ens.

die atomgeschäfte von siemens

in den 70er jahren profitierte der konzern nicht nur vom verkauf konvention-
eller rüstungsgüter,sondern exportierte atomanlagen in alle welt.gefördert
wurden die atombombenprogramme der argentinischen und brasilianischen militär-
diktaturen,ebenso wie das rassisten-regime in südafrika,das mit hilfe von
siemens uran zum bau einer atombombe in einer eigenen nuklearanlage anreichern
konnte.
als die waa wackersdorf unter anderem am militanten widerstand der bevölkerung
scheiterte,brach für siemens eine durststrecke von 10 jahren an,währenddessen
kein akw mehr gebaut wurde.
erst nach dem zusammenbruch des ostblocks in den 90ern sicherte sich der
konzern die modernisierung und den weiterbau von akws in der tschechischen
und slowakischen republik.im november 91 übernahm siemens die aktienmehrheit
des skoda-konzerns,dem führenden osteuropäischen hersteller von atomanlagen.
ziel ist die kolonialisierung osteuropas auf dem profitträchtigen
energiesektor.ein pilotprojekt hierfür ist die fertigstellung der ersten
beiden reaktorblöcke in slowakischen mochovce durch siemens im auftrag der
bayernwerk ag.die deutschen investitionen müssen mit stromexport bezahlt
werden.
langfristig ergibt sich für die atomindustrie die perspektive,den ausbau
der atomkraft in den osteuropäischen hinterhof zu verlagern und den strom
über ein einheitliches verbundsystem im westen zu verkaufen,um den in der
bevölkerung der brd relativ weit verbreiteten anti-atom-konsens bzw.den anti-
atom-widerstand zu umgehen und die akws dorthin zu verlagern,wo der widerstand
erst geringfügig entwickelt ist.
der geplante neue forschungsreaktor in garching ist ein teil dieser neuen
offensive!
am 6. september erhält siemens,trotz zahlreicher schmiergeldaffären und ohne
öffentliche ausschreibung,den generalunternehmervertrag,obwohl noch keine
baugenehmigung erteilt ist.der konzern sichert sich damit einen gewinnträch-
tigen auftrag von 720 mio dm,der aus steuergeldern finanziert wird.gleichzei-
tig wird im forschungs- und bildungssektor drastisch gekürzt.120 planstellen
an der tu münchen gestrichen,die klassenstärke und die stundenzahl der lehrer
in bayern heraufgesetzt und forschungsgelder zusammengekürzt.
strategie der mafia aus csu/cdu-politikern und siemens-managern ist es,mit
dem als harmlos und klein bezeichneten forschungsreaktors eine bresche in
den anti-atom-konsens der bevölkerung zu schlagen,um weitere atomare projekte
durchsetzen zu können.so arbeitet siemens mit dem halbstaatlichen französisch-
en atomkonzern framatome an einem "europäischen druckwasserreaktor",desweiter-
en einigten sich stoiber(csu) und schröder(spd) bei den energiekonsensge-
prächen: gorleben wird langzeit-atomzwischenlager und in bayern wird bis
1997 ein standort für ein neues kernkraftwerk gesucht.favorit ist bamberg.
diese konstellation zeigt überdeutlich,daß cdu/csu und spd
die politischen erfüllungsgehilfen der großkonzerne sind.die polizei setzt
dabei diese politik mit militärischen mitteln gegen den legitimen militanten
widerstand der ansässigen bevölkerung durch.jedem dürften noch die bilder
des polizeieinsatzes in gorleben vor augen sein.ein projekt wird gegen den
mehrheitlichen willen der dortigen bevölkerung brutal durchgesetzt.dies ist
die realität der brd-demokratie:
profit auf kosten der umwelt und des menschen!

ein widerstand,der unserer meinung nach,folgende merkmale haben muss,um auf
lange sicht erfolgreich sein zu können:
internationalistisch und solidarisch,allein schon deshalb,weil die atomindus-
trie weltweit operiert.jenseits der etablierten parteien (cdu/csu,spd,fdp,
grüne und pds),getragen und organisiert von jenen menschen,die betroffen
sind (arbeiterInnen,arbeitslose,schülerInnen,studentInnen,rentnerInnen)

solidarität mit den internationalen kämpfen gegen die atombombentests!

solidarität mit dem widerstand gegen das atomlager in gorleben!

boykottiert siemens-produkte!

sofortige stillegung aller kernanlagen!

den neuen atomreaktor verhindern heißt gegenüber bullen,csu und atomkonzerne (siemens) in die offensive gehen!

veranstaltung zum frm II:
am dienstag,den 12.dezember um 19.00 uhr
in der breisacherstr.12 (nähe ostbahnhof)
mit dem film "zaunkämpfe",referat,
diskussion und information,anschließend
musik und kneipe.

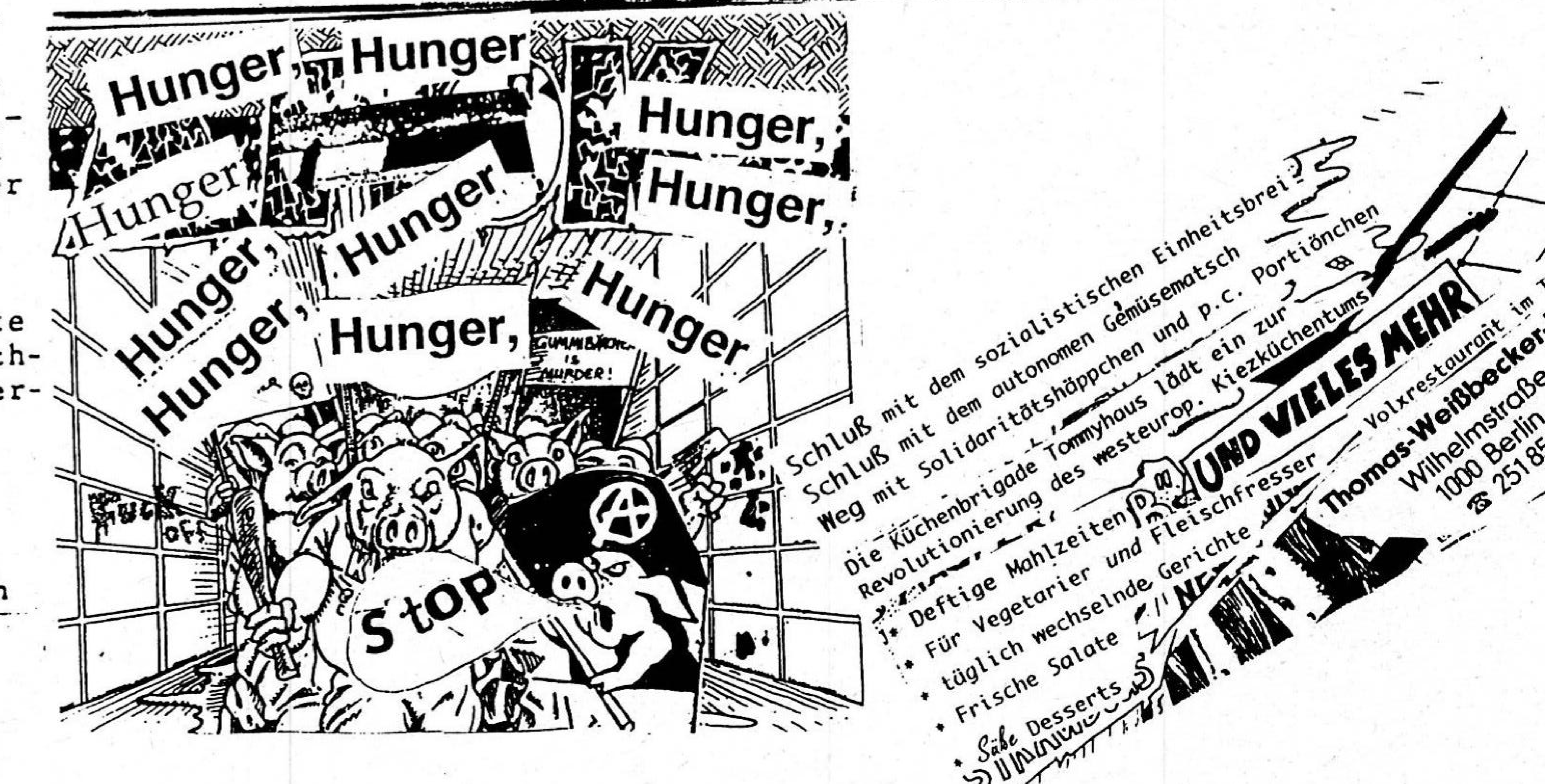
zusammen kämpfen!



autonome proletarische front

kontakt: zusammen kämpfen c/o infoladen,breisacherstr.12,81667 münchen
fax: 089/4802006 **tel:** 089/4489638

V.i.S.d.P.: Hockney Heckler ,11 Leswin Road ,London N 16 ,England E.i.S



Schluß mit Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung

Wir wollen gegen den katastrophalen Sozialabbau in diesem Land demonstrieren. Unter dem Schlagwort der Standortsicherung wird seit Jahren eine verheerende Kahlschlagpolitik betrieben.
Um die Demontage der sozialen Absicherungen mit möglichst wenig Widerstand durchzusetzen, werden die Betroffenen - Gesunde gegen Kranke, Frauen gegen Männer, Deutsche gegen Nichtdeutsche, Junge gegen Alte, Erwerbstätige gegen Erwerbslose - gegeneinander ausgespielt.

Das machen wir nicht länger mit !

LOHNABHÄNGIGE und ERWERBSLOSE **wehren** sich gegen:
-Arbeitsplatzabbau und Kürzungen von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
-Mißbrauchslüge und soziale Kontrolle durch den Staat;
-zunehmende Zwangsarbeit und die Mobilisierung für die Lohnarbeit;
-Mietspekulation und Obdachlosigkeit;

BEHINDERTE und PFLEGEBEDÜRFTIGE **wehren** sich gegen:
-Entmündigung durch die Pflegeversicherung;
-jede Art von Ausgrenzung;
-genmedizinische Forschung an Menschen;

MIGRANTINNEN **wehren** sich gegen:
-eine rassistische Sondergesetzgebung in Form des Ausländergesetzes, Asylbewerberleistungsgesetzes (gekürzte Sozialhilfe, eingeschränkte medizinische Versorgung und Sachleistungen statt Bargeld);
-Zwangsarbeit und §19 Arbeitsförderungsgesetz (Vorrang für deutsche Arbeitskräfte);
-Polizeiterror und Abschiebung;

SCHÜLERINNEN, STUDENTINNEN und AZUBIS **wehren** sich gegen:
-die Unterordnung von Bildung unter wirtschaftliche Interessen;
-materielle und personelle Einsparungen im Bildungsbereich;
-soziale Aussonderung und Eliteförderung an Schulen und Hochschulen in Form von Studiengebühren und verzinstem BAföG;
-Niedriglöhne und Ausbeutung in Auszubildendenverhältnissen

GEMEINSAM demonstrieren wir
für eine MATERIELLE GRUNDSICHERUNG FÜR ALLE; ein SELBSTBESTIMMTES LEBEN und GLEICHE RECHTE für ALLE.

DEMO

am **Do. 14.** Dezember

Treff: Kottbusser Tor **um 17.30**

ErstunterstützerInnen: RefRat der HUB, AStA FU, Alternative Linke (ALi), Internationale Sozialistische Organisation (ISO), Antirassistische Initiative (ARI), LandesschülerInnenvertretung (LSV), Ini gegen das AsylbLG, WBA Friedrichshain

Für weitere UnterstützerInnen und Rückfragen bis 24.November beim RefRat der HUB - Tel.: 2093-2603 Fax.: 2093-2396

Spitzel dringend gesucht

Der Verfassungsschutz hat offenbar Interesse an Kassels Autonomen-Szene

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der hessische Verfassungsschutz von Ende 1994 bis August 1995 erfolglos versucht, zwei 20jährige Jugendliche aus der linken Szene der nordhessischen Kleinstadt Arolsen als Informanten anzuwerben. Klaus K. und Sebastian S. *(Namen von der Redaktion geändert)* sind offensichtlich durch ihre Verurteilung in einem Prozeß gegen eine Arolsener Antifa-Gruppe zu Zielpersonen der Verfassungsschützer geworden.

Mitte August 1993 waren im Vorfeld des neonazistischen Rudolf-Hess-Gedenkmarsches 13 junge AntifaschistInnen festgenommen worden. Ihnen wurde vorgeworfen, den Mitinitiator des mittlerweile verbotenen neofaschistischen »Sauerländischen Aktionsbundes« Thomas Kubiak, der sich auf dem Weg zum Hess-Gedenkmarsch in Fulda befand, schwer verletzt zu haben. Einige der 13 Jugendlichen wurden von der Staatsanwaltschaft Kassel mehrere Wochen in Untersuchungshaft festgehalten, obwohl schon nach kurzer Zeit deutlich wurde, daß der Ausgangsvorwurf »versuchter Mord« nicht haltbar war. Klaus K. und Sebastian S. wurden dann zusammen mit drei weiteren Arolsener AntifaschistInnen im Sommer 1994 zu jeweils neun Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung, Führerscheinentzug und 100 Arbeitsstunden verurteilt. Für die jungen Antifas war damit das Verfahren allerdings noch nicht ausgestanden. Neben einer Zivilklage von Thomas Kubiak sahen sich Klaus K. und Sebastian S. sowie ein weiterer Freund von ihnen mit Drohbriefen der Anti-Antifa konfrontiert.

Diese Drohbriefe benutzte der hessische Verfassungsschutz dann offenbar als Gesprächsansatz, als ein Mann und eine Frau vom VS Sebastian S. Ende 1994 zum ersten Mal ansprachen. Das VS-Pärchen versuchte über einen Zeitraum von mehreren Monaten, mindestens acht mal, Sebastian S. an seiner Arbeitstelle und der Wohnung seiner Mutter zu kontaktieren. Erst nachdem Sebastian F. aus Arolsen wegzog, unterblieben die VS-Gesprächsversuche. Klaus K. wurde im August 1995 auf dem Nachhauseweg von seiner Zivildienststelle abgefangen. Wie er berichtete sei Schwerpunkt des VS-Interesses offenbar die autonome Szene im nahegelegenen Kassel, die teilweise den Prozeß gegen die Arolsener Antifas begleitet hatte. Deren Aktivitäten werden im bundesweiten Verfassungsschutz-Bericht für das Jahr 1994 mehrfach erwähnt. Der VS war offenbar bereit, eine größere Summe in die Anwerbeversuche zu investieren. Sebastian F. wurde ein Antifa-Taschenkalender sowie eine Bahncard geschenkt, und mehrfach wurde für den Fall der Informationsbeschaffung auch die Finanzierung des Studiums in Aussicht gestellt.

Bei Klaus K., der die Vorfälle jetzt öffentlich gemacht hat, hat der Anwerbeversuch Verunsicherung hinterlassen: »Ich war geschockt darüber, wieviel das Pärchen über mich wußte. Es ist davon auszugehen, daß sie die Informationen aus den Prozeßakten hatten«, so Klaus K. gegenüber der *jW*. »Ich hatte noch eine ganze Zeit nach den Anquatschversuchen das Gefühl, beobachtet und verfolgt zu werden.« Das hessische Innenministerium wollte den Anwerbeversuch gegenüber *jW* weder bestätigen noch dementieren. »Der Verfassungsschutz informiert grundsätzlich nicht über seine Arbeitsmethoden«, so eine Sprecherin des Innenministeriums.

Kerstin Walden

REVOLUTION IST UNSERE ANTWORT AUF GEWALT GEGEN FRAUEN

Am 25. November 1960 wurden Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal von der Trujillo–Diktatur in der Dominikanischen Republik ermordet. Die drei aktiv am Widerstand gegen das Trujillo–Regime beteiligten Schwestern gehörten der "geheimen Bewegung 14. Juni" an. Nach einem mißlungenen Anschlag gegen den Diktator wurden die drei Schwestern im ganzen Land verfolgt. Ihren Kampf für den Sturz der Militärdiktatur bezahlten die Revolutionärinnen mit ihrem Leben. Heute vor 35 Jahren wurden die Mirabal–Schwestern durch einen präparierten "Autounfall" ermordet. 1981 wurde der 25. November seitens lateinamerikanischer und karibischer Frauen zum symbolischen Jahrestag der Gewalt gegen Frauen gemacht. Seit 1987 ist der 25. November weltweit ein Kampftag gegen Gewalt an Frauen.

GEWALT GEGEN FRAUEN HAT VIELE GESICHTER

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Gewalt gegen Frauen ist staatlich verankert. Sie ist die brutalste Form der Unterdrückung von Frauen in der imperialistischen Welt. Frauen werden rechtlich, politisch und ökonomisch benachteiligt. Werktätige Frauen bekommen weltweit weniger Lohn für gleiche Arbeit wie Männer, durchschnittlich 60%. In vom Imperialismus abhängigen Ländern, wo feudale Traditionen durch die herrschenden Cliquen und den imperialistischen Ausbeuterstaaten wie die BRD am Leben gehalten werden –siehe Iran–, werden Frauen aller elementaren Grundrechte beraubt. Steinigung für "Ehebruch" ist nur ein Beispiel. Die Verurteilung der 16 jährigen Sarah Balabagan und die zuvor in Singapur hingerichtete Flor Contemplation sind nur zwei Beispiele für die zehntausenden philippinischen Mädchen und Frauen, die außerhalb der Philippinen der Vergewaltigung, sexueller Anmache, Erniedrigung, Unterdrückung und Ausbeutung ausgeliefert sind. Eine andere Form von Gewalt gegen Frauen ist die systematische Vergewaltigung von Frauen in imperialistischen Kriegen, wie in Ex-Jugoslawien, Somalia... Vergewaltigung, die auch als Foltermethode "angewandt" wird, wird sogar, wie das Beispiel von Leman Celikaslanan in Nordkurdistan/Türkei zeigt, an ermordeten Guerilla–Frauen "praktiziert". Frauen werden neben der Klassen- und nationalen Unterdrückung auch als Frauen unterdrückt. Selbst in den fortgeschrittensten imperialistischen Staaten wie BRD, Frankreich, England, Amerika fußt das politische und ökonomische System auf der Ungleichheit, auf der Unterdrückung der Frauen. Erwähnt seien hier nur Frauenmassenarbeitslosigkeit, Niedriglohngruppen etc. In den USA sowie in vielen europäischen Ländern steht das lang erkämpfte Abtreibungsrecht erneut zur Debatte. In der BRD ist dieser Klassenparagraph bereits verschärft worden. Noch immer wird in der BRD Vergewaltigung in der Ehe gesetzlich nicht verfolgt. Frauenspezifische Fluchtgründe werden nicht anerkannt. Ein Beispiel für die rechtlose Situation der Migrantinnen in der BRD ist der § 19, wonach in die BRD nachgeholte Ehepartner –und das sind in der großen Mehrheit Frauen– erst nachdem sie vier Jahre mit ihrem Partner zusammen in einer Wohnung gelebt haben, das Recht auf eine vom Partner unabhängige Aufenthaltserlaubnis erhalten. Fakt ist, daß Migrantinnen, die von ihren Männern geschlagen und unterdrückt werden das "Recht auf Scheidung" nicht nutzen können, weil sie ansonsten aus der BRD ausgewiesen werden können.

DIE "VORHERRSCHAFT DES MANNES"

Alle Klassensysteme seit der Herausbildung des Privateigentums bis heute waren immer auch Systeme der Männerherrschaft. In allen wurde die Männerherrschaft aufrechterhalten und manifestiert. Sie ist auch untrennbarer Teil des heutigen kapitalistisch/imperialistischen Gesellschaftssystem. Frauen gelten als Menschen zweiter Klasse, besitzen nicht die gleichen Rechte wie Männer. Die Frauen der unterdrückten Klassen, Rassen und Nationen das sind die Unterdrücktesten von allen.

Der Männerchauvinismus, die "Vorherrschaft des Mannes" ist so sehr Teil des Systems, daß auch viele der werktätigen Männer ihre Frauen, Freundinnen schlagen, vergewaltigen, und auch umbringen. So wie der Nationalismus geschürt wird um die Nationen untereinander aufzuhetzen, so wird auch der Männerchauvinismus von den Herrschenden eingesetzt, um die Spaltung in der ArbeiterInnenklasse aufrechtzuerhalten. Der werktätige Mann hat die Rolle, die ihm der Kapitalist zuweist so verinnerlicht, daß er sich im Recht glaubt, seine Frau, Freundin, Tochter, Kollegin so zu behandeln, wie ihn der Kapitalist behandelt. Er nimmt die Position des Unterdrückers und Ausbeuters ein. Und das System funktioniert, teile und herrsche! Alle 15 Sekunden wird eine Frau verprügelt, 21% der verheirateten Frauen weltweit werden von ihren Ehemännern körperlich mißhandelt. Frauen werden gepeinigt, verstümmelt, gesteinigt, ermordet. 33% aller weiblichen Mordopfer in den USA wurden von ihrem Ehemann oder Partner ermordet. Erst kürzlich sind in Berlin zwei Frauen nach ihrer Rückkehr aus dem Frauenhaus von ihren Ehemännern zu Tode geprügelt worden. Jedes Jahr werden in der BRD laut Polizeistatistik ca. 7000 Vergewaltigungen und versuchte Vergewaltigungen und ca. 3000 bis 4000 Fälle von Nötigung und sexueller Nötigung angezeigt, die Dunkelziffer ist sehr viel höher. Bei sexuellem Mißbrauch von Kindern besteht die größte Dunkelziffer. In der BRD z.B. werden nach Schätzungen 250.000 Mädchen sexuell mißbraucht. Der sexuelle Mißbrauch erfolgt in der Regel von nahen Verwandten.

Gewalt gegen Frauen äußert sich auch in der Diskriminierung und Unterdrückung lesbischer Frauen

Der Kolonialismus und Neokolonialismus des Kapitals in den abhängigen Ländern wie Indonesien, Philippinen, wie Chile, wie Zaire findet seine Entsprechung in dem Neokolonialismus des Mannes, der in diese Länder "reist" und mit seinem Kapital die Bordelle aus dem Boden stampft. Die Prostitution ist für Millionen Frauen und Mädchen die einzige Überlebenschance für sich selbst und ihre Familien. 200.000 nepalesische Mädchen sind das Eigentum von Bordellen. In Thailand sind 200.000 bis 400.000 Mädchen unter 16 Jahren gezwungen ihren Lebensunterhalt durch Prostitution zu verdienen.

WO ES UNTERDRÜCKUNG GIBT, GIBT ES AUCH WIDERSTAND!

Überall auf der Welt leisten Frauen Widerstand, kämpfen Frauen gegen die Gewalt gegen Frauen mit all ihren Gesichtern. Auch wir kämpfen gegen dieses imperialistisch patriarchale System, das diese Gewalt tagtäglich hervorbringt! Wir kämpfen weltweit zusammen mit allen unterdrückten Frauen, die NEIN zu dieser Realität sagen. Einen besonderen Kampf führen wir dabei gegen männerchauvinistische Ansichten und Praktiken innerhalb der revolutionären und linken Reihen. Beim konkreten Kampf gegen individuelle Täter verlieren wir nicht aus den Augen, daß der eigentliche Feind, die Ursache für die Gewalt gegen Frauen dieses System ist. Darum: Unsere Antwort auf die Gewalt gegen Frauen ist: Revolution!

Alle werktätigen Männer fordern wir auf, sich von diesem patriarchalen System loszusagen, der Gewalt gegen Frauen, gegen Frauenunterdrückung den Kampf anzusagen, und dabei vor allem auch bei sich selbst anzufangen. Wollen wir für Befreiung gemeinsam kämpfen, so fängt die Befreiung in der Familie, in der Partnerschaft an!

Unterdrückte Frauen, laßt uns den Kampf für unsere Befreiung in unsere Hände nehmen! Organisieren wir uns! Kämpfen wir für eine Welt ohne Männerherrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung! Die einzige Alternative zur heutigen Barbarei ist der Sozialismus! Schaffen wir eine kommunistische Frauenorganisierung! Der Kampf gegen das Patriarchat muß untrennbar mit dem Kampf gegen das imperialistische System verbunden werden!

Frauenbefreiung fordert Revolution!
Alles andere ist Illusion!

Bolşevik Partizan Frauengruppen

8.11.95

Kommt zur Kundgebung:
Samstag 25. November
11.30 Kotti.
An den Marktständen

V.i.S.d.P.: K. Inan 5. Rue de Drulingen, 6700, France
Kontaktadresse PLK 106606 C 80074 München

FRAUEN LESBEN!

Nutzt den FrauenLesbenRaum im Mehringhof!

Seit einigen Monaten wird der FrauenLesbenRaum im Mehringhof von einer ganz neuen Gruppe von Frauen getragen. Der Raum ist rolligerecht (Klingel, Aufzug in den 4.Stock) und bietet Platz für ca. 20 Frauen. Es gibt Getränke, Tee, Kaffemaschine sowie eine Schreibmaschine und ein Telefon, bei Bedarf auch Video und TV. Der Raum soll für Gruppentreffen (auch öffentlich angekündigte), Koordination usw. genutzt werden. Es gibt inzwischen einige Gruppen, die sich z.T. regelmässig treffen. Es sind aber auch noch jede Menge Termine frei! Interesse?
Bitte meldet euch persönlich oder telefonisch jeden 1. und 3. Dienstag (19-21h), sonst Anrufbeantworterin: 691 29 71.
Adresse: FrauenLesbenRaum, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

P.S. Wir freuen uns über Spenden, einmalig oder regelmässig. Ausserdem würden wir uns freuen, wenn sich aus den Gruppen noch FrauenLesben für die "Verwaltung" finden würden...

Bundesweite Demonstration gegen Abschiebehaft

2.12.95 13Uhr
Messeplatz Kassel

Wir wollen von Berlin aus an der Demo teilnehmen und haben einen Bus gemietet.

Abfahrt am Sa., 2. Dez. 1995 um 7 Uhr am Mehringhof
Karten kosten 30 DM und gibt es im Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof

Freiheit für die Meuterer aus der JVA Elwe!

ACHTUNG !!

Seit einiger Zeit kursiert in der Antifa-Szene ein Flugblatt, daß gegen die Junge Freiheit gerichtet ist.
Dieses Flugblatt hat als V.i.S.d.P die Edelweiss-Piraten-Berlin mit der Adresse der Interim. Dieses Flugblatt ist nicht von uns ! Auf diesem Flugblatt wird ein Foto und die Geschäftsadresse von Dieter Stein veröffentlicht. Dazu Sprüche wie...aber nicht mehr lang !..und..Schlagt die Faschisten wo Ihr sie trefft!. Ansonsten ist noch eine Anzeige der Fight Back, das Symbol der Kampagne Stoppt Nazizeitungen und Layout des Antifa-Infoblattes abgebildet. Das Flugi als solches ist zusammengeschnipselt und z.T. mit Hand geschrieben. Dieses nicht gerade proffessionelle Layout und der Fakt, daß das Flugi nur kopiert und nicht gedruckt wurde, verwundert; wenn mensch bedenkt, daß das Flugi proffesionell (mit Adressenaufkleber) an mehrere Antifa-Gruppen verschickt wurde. Wir haben natürlich nichts dadegen wenn etwas gegen Nazizeitungen unternommen wird, aber wir fragen hier trotzdem nach, weil Faschisten schon mehrmals Flugblätter von uns gefälscht haben (z.B. Boykott-Aufrufe gegen alle Deutsche Firmen und Läden u.ä.).

Einige Edelweiss-PiratInnen

EDELWEISS PIRATEN

Die Nationalistische Front besteht weiter

»Kanther lügt!«

Zu diesem Schluß kam Annelie Buntenbach, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Auf einer Pressekonferenz am 21.8. in Bonn legte sie umfangreiches Beweismaterial vor, das dem Chef der verbotenen NF, Meinolf Schönborn, offenbar »um die Jahreswende 1993/94 abhandengekommen sein muß«. Demnach agiert die NF Schönborns heute unter dem Namen die »GEMEINSCHAFT« weiter, verfügte 1993 über eine Organisationsstruktur von 826 Personen und baute ein paramilitärisches Netzwerk auf.

Dabei hatte die Bundesregierung noch im April 1995 behauptet, daß *»die organisatorischen Strukturen der NF zerschlagen«* seien. Im Vorabdruck des Bundesverfassungsschutzberichtes 1995 wird sie gerade mal erwähnt, Mitgliederzahlen werden nicht angegeben. Diese Angaben widersprechen den Angaben des Bielefelder Staatsschutzes vom Juli diesen Jahres, er sprach von bundesweit 500 Mitgliedern. Die Behörde war öffentlich unter Beschuß geraten und trat die Flucht nach vorn an. Die Pivitsheider Initiative gegen das Organisationszentrum der NF hatte veröffentlicht, daß sich leitende Kripobeamte zum Ringelpietz mit Schönborn begaben und sogar Kaffee und Kuchen mitbrachten.

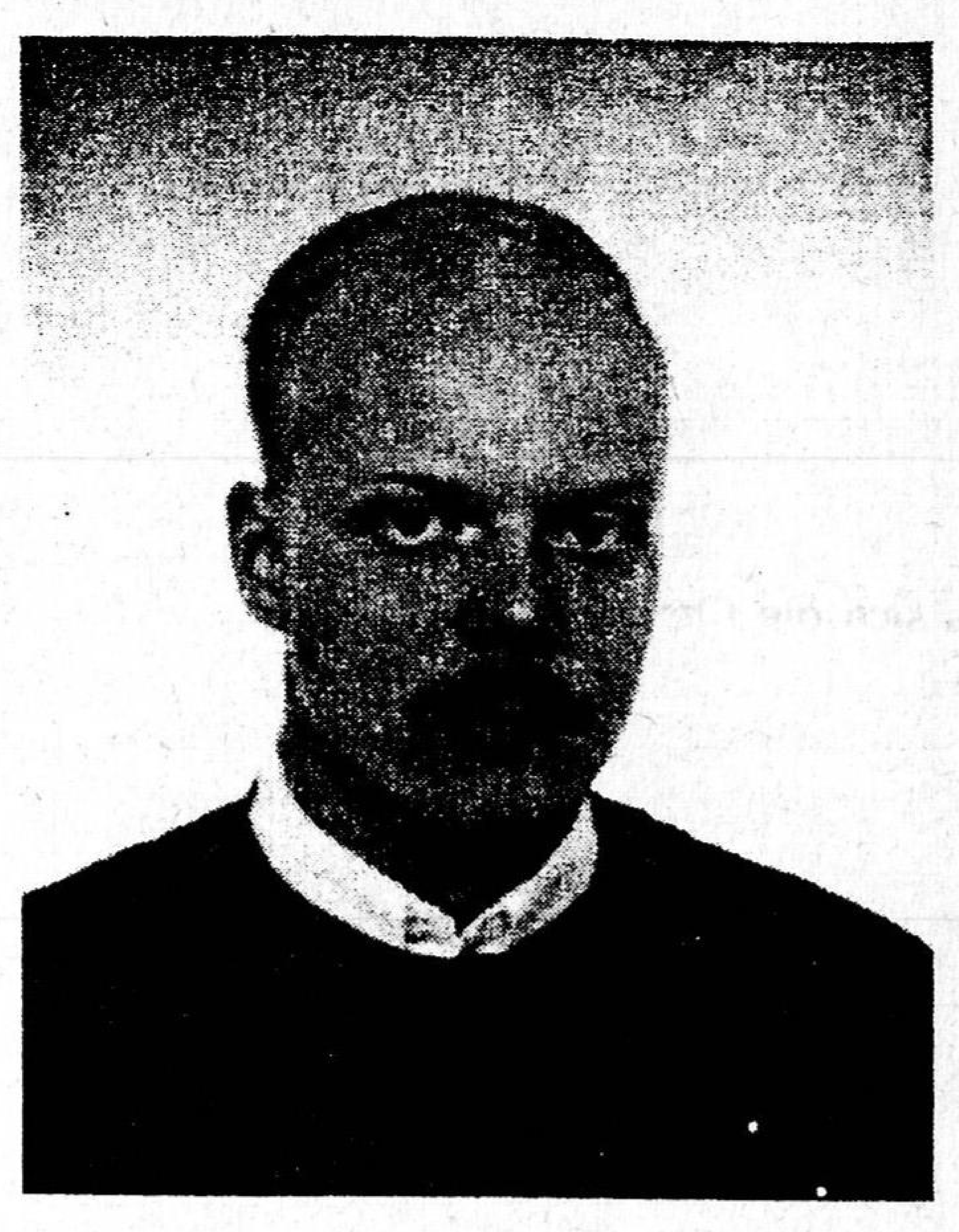
Das von den Grünen vorgelegte Material stammt aus dem Parteiarchiv der NF. Es beinhaltet zahlreiche Originaldokumente, Redemanuskripte und die Kundendatei des KLARTEXT-VERLAGES. Hier wurden 7600 Personen geführt, Kader und Mitglieder der NF, Sympathisanten und Mitglieder des FÖRDERKREISES JUNGES DEUTSCHLAND (FJD), sowie eine Liste mit dem Code »88«, auf der der paramilitärische Flügel der Organisation geführt wird (siehe Artikel Werwolf). Diese Materialsammlung wurde vom Antifaschistischen Autorenkollektiv untersucht und ist ausführlich dokumentiert in dem demnächst erscheinenden Buch »Drahtzieher im braunen Netz«. Belegt werden konnte ein weitaus größerer Umfang der NF-Aktivitäten bis Ende 1992, als von den Sicherheitsbehörden bisher eingeräumt wurde. Die Fortführung der NF wird durch eine Adressenliste aus dem Archiv belegt, die auf den 15.11.1993 datiert ist, also knapp ein Jahr nach dem Parteiverbot. Fein säuberlich sind hier die Mannen Schönborns unter Nummerncodes in Rubriken zusammengefaßt, die ihnen innerhalb der Struktur eine bestimmte Aufgabe und Rangordnung zuweisen: Der Führungskreis von Schönborns Fortführung der NF unter dem Namen GEMEINSCHAFT bestand demnach 1993 aus 25 Personen, allesamt Kader der alten NF. Der erste Kreis um den Organisationskern wurde von zwei Organisationsbereichen gebildet. Sie bestanden größtenteils aus jüngeren Parteimitgliedern (je 28 Leute), die oftmals im Herbst 1992 ihren NF-Aufnahmeantrag gestellt haben. Natürlich fehlen auch nicht die Mitglieder und Sympathisanten des Förderkreises Junges Deutschland (FJD) (256), der laut Kanther nichts mit der NF zu tun habe. Die abschließende Liste mit dem Code »37« führte 360 Personen. Hier befinden sich die Personen, die über den sogenannten PROPAGANDAVERTEILKREIS (gegr. 1.7.1993) Material beziehen sowie zahlreiche einflußreiche Alt-Nazis und Mitglieder anderer Neonazi-Gruppen. Geführt werden Mitglieder der FAP, der GESINNUNGSGEMEISCHAFT DER NEUEN FRONT, der WIKING JUGEND und der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN. Zu den einflußreichsten Förderern und Beratern der NF zählen der Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER aus Hamburg und vor allem der Gottvater der NF, der Alt-Nazi HERBERT SCHWEIGER aus Österreich. Mit Schweigers Hilfe wurde die NF voll auf SS-Kurs eingeschworen. Er überarbeitete zusammen mit Rieger und dem Regensburger Rechtsanwalt GÜNTHER HERZOGENRATH-AMELUNG das Par-

links: Schönborn-Anhang marschiert zu Ehren der Waffen-SS, Volkstrauertag '92 bei Detmold
rechts: Hans-Christian Sanders, NF-Ortsgruppe Berlin









links: Ingo Krause aus Colditz
rechts: Andreas Geithe aus Berlin, beide Gemeinschaft

teiprogramm der NF, das heute unter dem Namen »Deutsche Grundsatzerklärung« als politische Kursbestimmung der Gemeinschaft fungiert. Dieser hundertprozentig nationalsozialistische Schwachsinn machte die NF beliebt bei den Alt-Nazis.

Mitglieder der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG), der DEUTSCHEN FREIHEITSBEWEGUNG, der ARTGEMEINSCHAFT und z.B. der Zeitung NATION UND EUROPA machen ca. 10% der Anschriften aus. Es muß davon ausgegangen werden, daß aus diesen Kreisen logistische Unterstützung läuft und reichlich Geld in die junge Naziszene gepumpt wird.

Insgesamt kann man über das Parteiarchiv sagen: Deutsche Gründlichkeit vom feinsten, die Antifas werden es danken. Die Herkunft bleibt auch bei Nachfragen unklar. Bekannt ist, daß Schönborn sich durch seinen herrischen Führungsstil auch innerhalb der eigenen Organisation Feinde machte.

Am wenigsten erfreut dürften neben Kanther und Schönborn vor allem die aufgeführten Neonazis sein. Die Antifas wissen heute mehr über deren Organisationsstruktur als sie selbst – Pech, wenn man sich in die Hände einer lausigen Kopie eines Generalfeldmarschalls begibt. Denn mehr ist Schönborn nicht. Er ist in erster Linie ein Organisator, die Ideologie ist ihm relativ egal, wenn sie nur zur Macht führt. Seine Rhetorik erschöpft sich in der Steigerung seines Lieblingsspruchs »Kameraden, der Kampf wird härter«.

Doch so jämmerlich die Person Schönborns auch sein mag: er bleibt gefährlich, da er offensichtlich gerade bei alten Mitgliedern der Waffen-SS großes Vertrauen genießt und über gute Kontakte in den Polizeiapparat verfügen muß – von den Razzien gegen ihn war er in der Regel vorab informiert. Die alten SS-ler glauben in ihm jemanden gefunden zu haben, der ihren Wahn weiterführen wird. Denn Schönborn ist von der Idee besessen, eine Kopie der SS aufzubauen. Auf dieses Ziel war die NF ausgelegt, auch schon zu Zeiten der Legalität. Die NF orientierte sich bereits zu der Zeit auf ein Weiterbestehen in der Illegalität, baute eine voneinander abgeschottete Organisationsstruktur auf und orientierte die Organisation auf eine Arbeit von Zellen, deren komplette Mitgliedschaft ausschließlich der Führung bekannt war. Genommen wurde man nur, wenn man sich bedingungslos dem Wechselspiel aus Befehl und Gehorsam unterwerfen wollte und Schulungen regelmäßig besuchte. Den Hauptzulauf erhielt die NF in den Jahren 1991/1992, in dieser Zeit konnte sie ihre Mitgliedschaft auf mindestens 260 Personen vervielfachen. Auf hemmungslose Aktivisten, die überall Randale suchen, wurde verzichtet, im Mittelpunkt stand der Aufbau einer politischen Armee: »Eine Organisation muß aufgebaut und geführt werden wie eine Armee«. So bestand die Leitung jedes Organisationsteils aus einem Führer, seinem Stellvertreter und

einem Unterführer. Die Mitglieder eines Bereiches kannten nur die jeweils Verantwortlichen, jedoch nicht Mitglieder anderer Bereiche. Ab 1991 baute die NF sogenannte Vorortstrukturen aus, da die Mitgliedschaft zu groß wurde, um Konspirativität sicherzustellen. Ausgebaut wurden dezentrale Strukturen, die jedoch weiterhin den Befehlen der Zentrale unterworfen waren. Als sich die Organisation im August 1992 unter lauten gegenseitigen Anschuldigungen spaltete, war dieser Prozeß bereits abgeschlossen. Der Großteil der Mitglieder (etwa 180) ging mit dem Berliner ANDREAS POHL (heute SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT) und wurde nicht vom Verbot betroffen. Wenn es überhaupt eine Spaltung gegeben hat, war sie nur von kurzer Dauer. Heute arbeiten beide Flügel wieder zusammen und bilden die größte Neonazi-Untergrundstruktur in Deutschland (ca. 1500 Mitglieder).

Die NF war nicht nur in Deutschland aktiv sondern auch im Nachbarland Österreich. Die österreichische Sektion agierte unter dem Namen Volkstreue Jugendoffensive (VJO). Ihr Führungskader ist der Kärntner ANDREAS THIERRY. Dazu gehören tat auch der derzeit im Briefbombenprozeß angeklagte FRANZ RADL jun. Getroffen haben dürften sich die Nachwuchs-SS-ler auf den Tagungen der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG). Ab 1988 nahm die NF regelmäßig an deren Treffen teil, im Jahr 1991 mit 16 Personen.

Dort ist die eigentliche Schaltstelle der Neonazi-Szene zu suchen. Die nächste Gästewoche der DKG findet Ende September in Deutschland statt, voraussichtlich in Altenberg (Sachsen). Ein Großteil der regelmäßigen TeilnehmerInnen werden auf den Organisationslisten Schönborns geführt.

Die Gemeinschaft verschickt seit Anfang diesen Jahres ihr Material aus Arnhem (Niederlande). Die Briefe werden in verschiedene Briefkästen in Deutschland aufgegeben. Aus Arnhem sind die bereits angeführte »Deutsche Grundsatzerklärung«, die Organisationsrundschrift »Deutschland – Unsere wichtigste Aufgabe für die Zukunft!« und die Fernschulungsbriefe »Lebensborn – Leitheft für Deutsche Ordnung« zu beziehen. Das Strickmuster ist von der alten NF her hinlänglich bekannt. Geworben wird für eine Kaderstruktur, die *»Organisation«* müsse *»eine stahlharte Bewegung sein«* und die *»Mitglieder müssen den absoluten Willen zur Macht haben«*. Um in diesem erlauchten Kreis der Volkstumskämpfer mitmischen zu dürfen, hat man die Fernschulungshefte auswendig zu lernen, bevor man zum Seminar geladen wird. Diese Lektüre wäre eigentlich ziemlich amüsant, wenn es nicht genügend Verwirrte gäbe, die auf so etwas ansprechbar wären. Hier eine kleine Kostprobe: *»Ich suche nur Freunde meiner Art; Ich gehe nur mit meiner Art ins Bett; Ich melde alles Artfremde«* oder *»Ich lese deutsche Schriftwerke; Ich höre deutsche Musik; Ich schreibe Aufsätze über große Deutsche; Ich schweige über die Zeit von 1914 bis 45.«*

Nach der Pressekonferenz der Grünen setzte hektisches Treiben im NF-Zentrum ein. Ein Stelldichein gaben sich u.a. der Leiter des VÖLKISCHEN BUNDES, PETER NAUMANN, und ein Teil der Führungsmannschaft Schönborns. ■







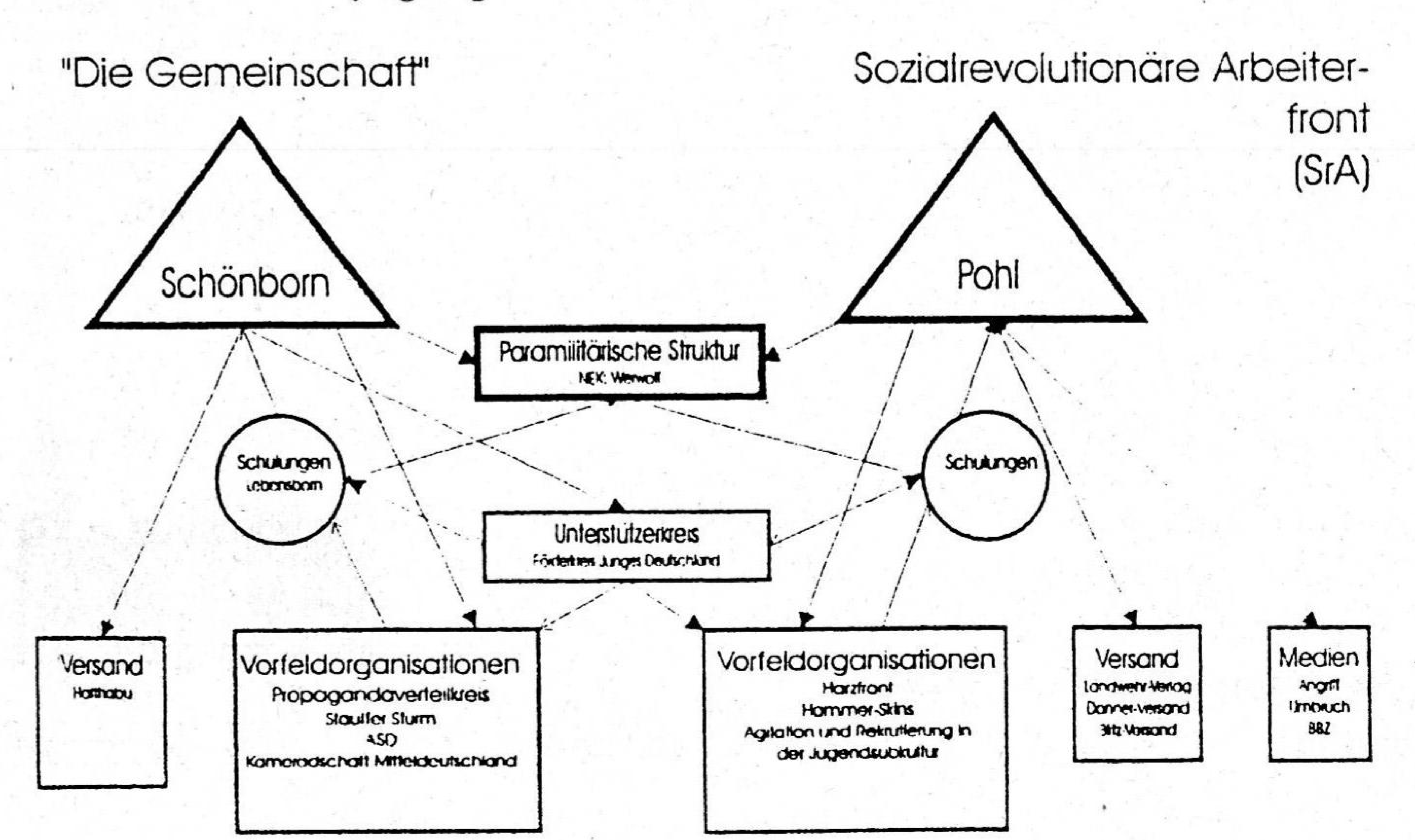
oben: Jan Gallasch aus Berlin, Ziehsohn von Ulli Boldt

mitte: Lars Kirchner aus Vienenburg

unten: Jens Hauswald

(alle Gemeinschaft)

Die NF und ihre Nachfolgeorganisationen



'Wer sich wehrt, der lebt verkehrt!?"

:rafverfolgung von Totalverweigerern und Antimilitaristen

Filmabend und Podiumsdiskussion

Do, 23.11. 19.00 Uhr

:t: Stadthaus Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 79-81, Raum 280 A

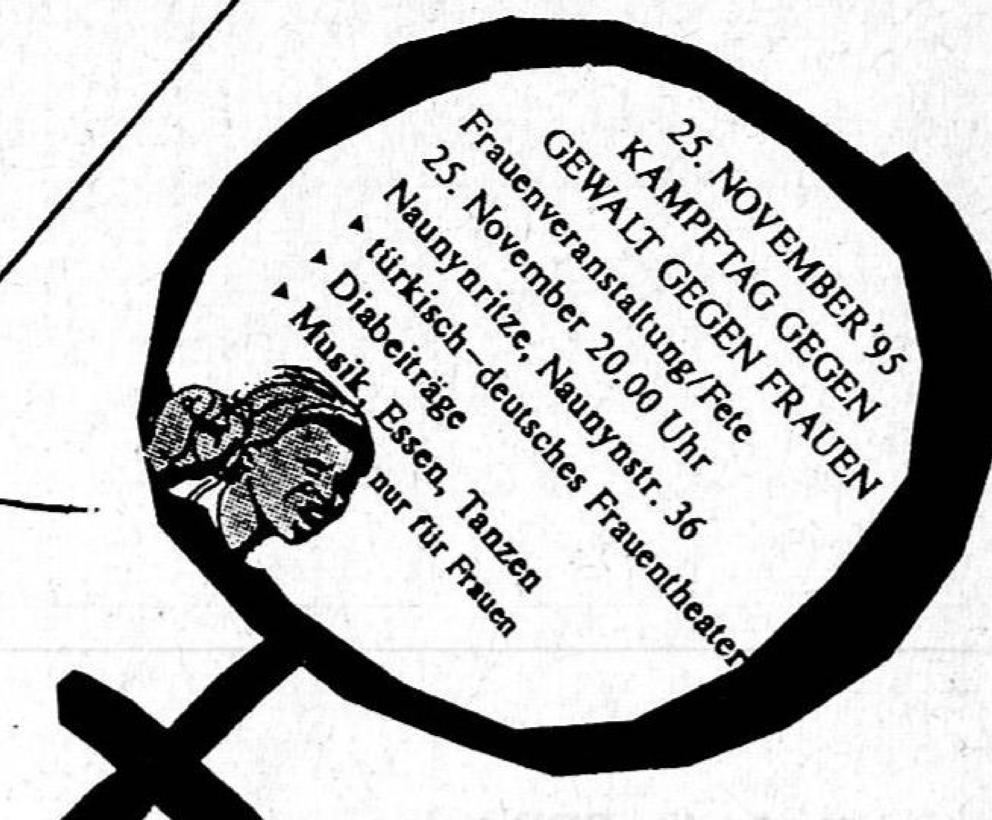
me: "Der unbequeme Weg" (Dt, 1992, Dokumentarfilm)
"Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben" (Stanley Kubrick)
mit Einführung des Berliner ***Kabarettist***en Dr. Seltsam

ɔdium: Innenministerium Land Brandenburg (angefragt),
Herr Poretschkin, BMV Bonn, Truppendienstrichter in Potsdam a.D., (angefragt)
Christian Ströbele (Rechtsanwalt, Berlin),
Dr. Seltsam (Kabarettist, Berlin)
Volker Wiedersberg (1. angeklagter Totalverweigerer in Potsdam);

oderation: Pfarrer Stefan Frielinghaus, Berlin

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
14467 Potsdam, Lindenstraße 53
Tel: 0331/280 50 63 · Fax: 0331/270 87 28

Jeden Mittwoch um 17 Uhr
Anti-Tunnel GmbH-Treffen
im B(etroffenen)-Laden
Lehrter Str. 27
Tel. 3975238





Wo es Unterdrückung gibt, gibt es auch Widerstand!
Kommt alle zur Kundgebung
am 25.11.95 (Tag der Gewalt gegen Frauen) um 11.30,
Kottbussertor
Unter dem Motto:
" Revolution ist unsere Antwort auf Gewalt gegen Frauen! "

23. Nov 20.00 bis 22.30 Uhr
Schnäppchen in der HAPPY HOUR:
Kaffee, Kuchen & Likör 1,- DM

Do. 30.11. 21 Uhr: Diskussion zum Thema "Tekkno als Gegenkultur? Die Linke und ihr Verhältnis zu Tekkno." in der H-Bar

7. Dez 20.00 Uhr
Die Original-*h-bar* - Singleparty
(Call Your Number!)

Enjoy it!

h-bar
Für Schwule, Lesben und all ihre Freundinnen & Freunde
Jeden Donnerstag ab 20 Uhr
in der Brunnenstraße

Ökologische Linke (ÖkoLi)
Treffen. dienstags, 20 Uhr
im Nachladen, Waldemarstr. 36, Kreuzberg
Für die Befreiung von Staat, Kapitalismus & Patriarchat!!!



In vielen Bereichen dieser Gesellschaft wird behinderten Menschen das Leben erschwert, z.Bsp. auf der Straße (durch blöde Sprüche/Blicke), von Behörden (Arbeit in Behindertenwerkstätten zu minimalen Taschengeldern, als unmündig erklärt),aber auch in der Linken werden behinderte Menschen diskriminiert. Ausgrenzung von Behinderten (in der Linken) muß Thema unserer Diskussion werden, deshalb suche ich Leute, die mit mir eine Behinderten-Aktionsgruppe machen, lernbehindert oder körperlich behindert oder Leute, die Lust haben , mit Behinderten was zusammenzumachen. Wir wollen uns jeden zweiten Montagnachmittag treffen, um gemeinsam was zu unternehmen. Zum Beispiel, in Aktionen praktisch was gegen Ausgrenzung zu machen, oder einfach nur zusammen ins Kino, Theater oder zu andern Veranstaltungen gehen, oder auch zusammen Ausflüge machen.
Hast du Lust dabei mitzumachen? Dann komm doch am **Montag, dem 27. November, um 16 Uhr in den Mehringhof.**

Christian

Mo. 27.11., 18.30 Uhr: Veranstaltung zur Illegalisierung von MigrantInnen in Osteuropa. Humboldt-Uni, Senatssaal, Unter den Linden





Da wir mehr Zeit für uns und unsere Diskussionen brauchen, haben wir uns folgende Regelung überlegt.

Jeden ersten und dritten Freitag im Monat zwischen 15 und 16 Uhr ist, ab sofort, offenes Plenum. Hier können alle ihre üblichen Anfragen an uns stellen.

An den anderen Freitagen können wir uns dann umso intensiver um eigene Diskussionen kümmern.

Mit lieben Grüßen

DAS EX

Der Kriminalisierung entgegentreten!

Info - und Solidaritätsveranstaltung
zur
Kriminalisierung der

radikal



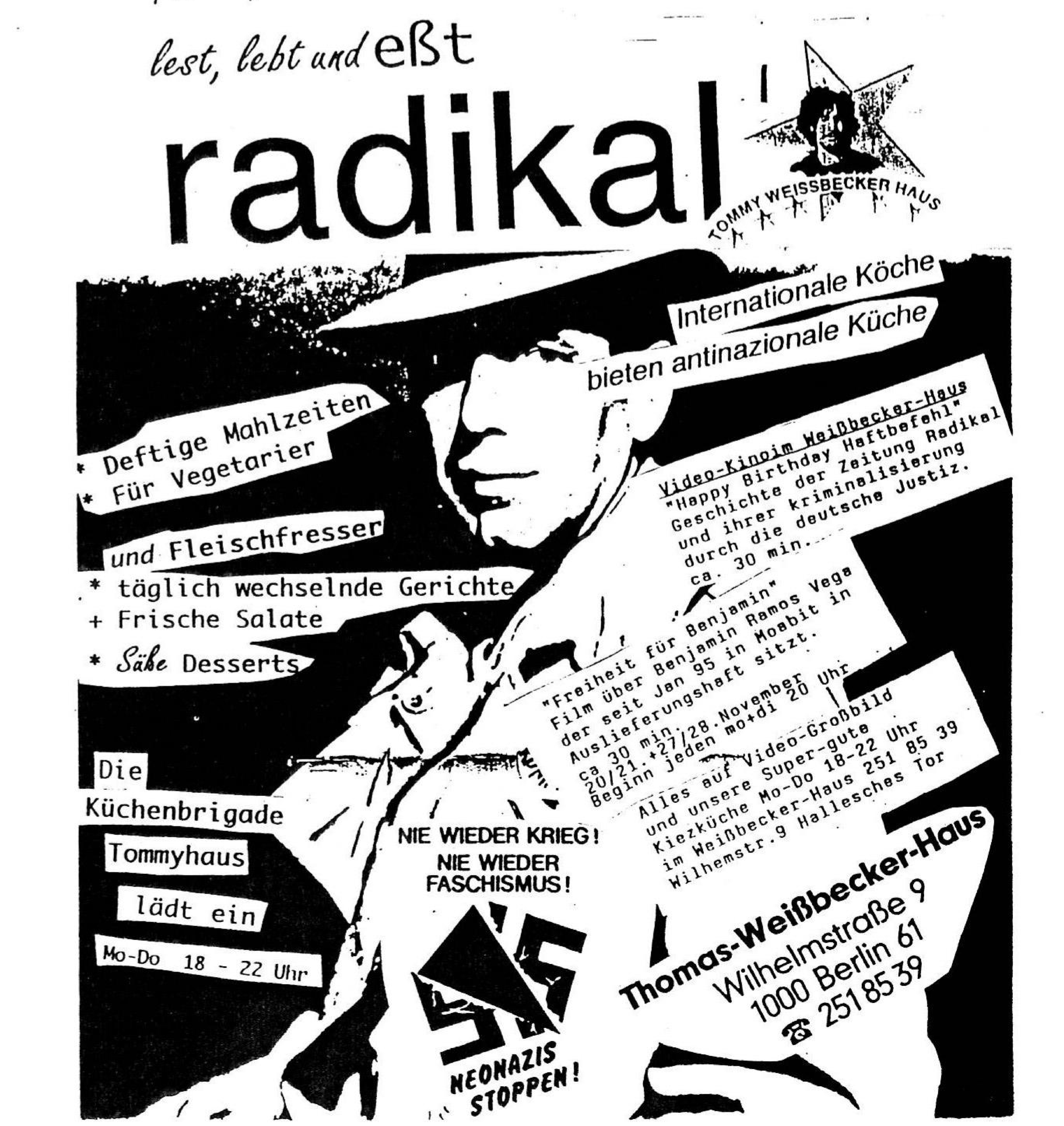
am 9/12/1995 im AStA Gebäude der Uni Duisburg
Lotharstr.

ab 18 Uhr Veranstaltung mit :
* Wolf Dieter Vogel (Junge Welt) - Verfolgung linker Medien und Repression gegen Antifas
* Soligruppe Münster - zum Stand der Ermittlungen
* Film - Happy Birthday,Haftbefehl !

ab 21 Uhr Konzert : Staatsinfarkt (Punk aus Wuppertal)
Gau (Punk aus Voerde)
+ special guest
5.-

VeranstalterInnen : Antifa Dinslaken Antifa Duisburg,DEV-GENC insiwatif gegen...

lest, lebt und eßt



DEMO Antifa heißt Angriff!
Sa. 25.11. 14 Uhr Rathaus Friedrichshain

Sa. 2.12. 13 Uhr Kassel Messeplatz
Demo gegen Abschiebehaft

Antifa heißt Angriff!

Am 21.November 1992 wurde am U-Bahnhof Samariterstraße in Berlin-Friedrichshain der Antifaschist Silvio Meier von rechtsradikalen Jugendlichen erstochen. Der Mord war kein Einzelfall. Angriffe von Nazis auf AusländerInnen und Linke - 1992 die Tagesordnung.
Drei Jahre später ist scheinbar vieles anders geworden: In den Medien tauchen keine spektakulären Berichte mehr über Anschläge und Aktionen der Faschisten auf, aufsehenerregende Aufmärsche glatzköpfiger Stiefeltreter werden von der Polizei verhindert. Ein paar Naziparteien wurden verboten, ihren Führern wird der Prozeß gemacht. Friede, Freude, Eierkuchen im Jahr fünf nach der deutschen Einheit? Die BRD ein antifaschistisches Musterland?
Von wegen! Die Realität ist eine andere:
Abseits der großen Schlagzeilen gehören faschistische Übergriffe nach wie vor zum deutschen Normalzustand - allein in Berlin wurden letztes Jahr fast 800 *amtlich registriert*. Das einzige, was sich geändert hat, ist die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.
Man hat sich eben daran gewöhnt, daß Flüchtlingsheime in diesem Land leicht entflammbar sind.
Und während zwei oder drei Neonazis medienwirksam hinter Gittern verschwinden, werden täglich hunderte AsylbewerberInnen in Hunger, Krieg und Folter zurückgeschickt, würdigen verantwortliche Politiker und Militärs das Schlachten der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und faselt CDU-Kanther von Chinesen-, Russen- und diversen anderen Mafias, die angeblich Deutschland überschwemmen.
Ohne uns!
Unter dem Motto *»ANTIFA HEISST ANGRIFF«* rufen wir am Samstag, 25. November 1995, zu einer Demonstration durch Friedrichshain auf.
Wir wollen das Andenken an Silvio und die unzähligen anderen Opfer des rechten Terrors aufrechterhalten. Vor allem aber wollen wir zeigen: Die Faschisten und ihre Wegbereiter in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft haben weiterhin mit unserem Widerstand zu rechnen!
Nichts ist vergeben – und nichts ist vergessen!



Demonstration

Samstag, 25.11.1995
14.00 Uhr
U5–Rathaus Friedrichshain